

**Sozialstruktur und Lebenslagen in der
Bundesrepublik Deutschland***

Heinz Sahner

Der Hallesche Graureiher 95 - 6

* Der Beitrag erscheint in: O.W. Gabriel und E. Holtmann (Hrsg.),
Handbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland.
München: Oldenbourg

Gliederung

1. Sozialstruktur, was ist das?	3
2. Sozialstrukturanalyse: Warum und womit?	4
3. Zur Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland	5
3.1 Transformationsprozesse in Ostdeutschland	8
3.1.1 Von der Schwierigkeit, eine Gesellschaft zu modernisieren: Modernisierungsdefizite der DDR	8
3.1.2 Transformation der ostdeutschen Sozialstruktur	14
3.2 Die Sozialstruktur in ausgewählten Aspekten	17
3.2.1 Räumliche Struktur, Infrastruktur; regionale Disparitäten	17
3.2.2 Bevölkerung	19
3.2.2.1 Der Bevölkerungsaufbau und seine Faktoren	19
3.2.2.2 Bevölkerungsentwicklung in West- und Ostdeutschland	22
3.2.2.3 Bevölkerungsprognosen	28
3.2.3 Familie, Haushalt, Lebensphasen	29
3.2.4 Bildung und Ausbildung	36
3.2.5 Erwerbstätigkeit	40
3.2.6 Einkommen, Wohlstandsniveau	47
3.2.7 Soziale Schichtung, Lebenslagen, Lebensstile	52

4. Schlußbemerkung	58
Anhang: Literatur zur Tabelle 3.: 1	59
Literatur	60

1. Sozialstruktur, was ist das?

Definitionen haben eine gewisse Beliebigkeit. Sie sind nicht wahr und auch nicht falsch, sie können aber mehr oder weniger brauchbar sein. Brauchbar sind sie vor dem Hintergrund ihres Einsatzes bzw. ihrer Verwendung. Eine Definition hängt also auch vom Erkenntnisinteresse ab. So verwundert es denn auch nicht, daß es mehrere Definitionen des Begriffes Sozialstruktur gibt. In diesem Falle gibt es sogar besonders viele.

Grob gesprochen gibt es zwei Traditionen, den Begriff der Sozialstruktur zu definieren, eine mikrosoziologische und eine makrosoziologische. Die mikrosoziologische greift auf den Rollenbegriff zurück. Danach versteht man (in Anlehnung an Parsons, 1951: 36f., 114) unter dem Begriff der Sozialstruktur das Geflecht der Beziehungsmuster zwischen Handelnden in ihrer Eigenschaft als Rollenträger.

Geht es jedoch darum, den Zustand und den Wandel einer Gesellschaft zu beschreiben, so empfiehlt es sich, auf den makrosoziologisch bestimmten Begriff zurückzugreifen, der den Blick auf Organisationen, Gruppen und Institutionen richtet. Hier taucht freilich die Frage auf: welche Organisationen, Gruppen und Institutionen? Je nach Erkenntnisinteresse wird die Antwort unterschiedlich sein. Der Marxist fragt nach Klassenstruktur und Produktionsverhältnissen, der Durkheimianer nach dem Grad der Arbeitsteilung und der Weberianer nach Graden der Rationalisierung und Bürokratisierung (zum Strukturbegriff vgl. z.B. Esser 1993:119ff). Am weitesten verbreitet ist ein demographischer Ansatz, der nach der Verteilung der Bevölkerung nach Geschlecht, Alter, Beruf und bestimmten Ressourcen fragt, wie Einkommen und Bildung. Damit wird aber auch schon deutlich, daß beide Begriffe, der mikrosoziologische (auf soziales Handeln bezogene) und der makrosoziologische (auf soziale Gebilde bezogene), durchaus in einer Beziehung zueinander stehen, da das Handeln der Akteure sich an den sozialen Gebilden orientiert. Sie stellen Restriktionen, aber auch Optionen dar.

Da es hier darum gehen soll, die Grundgliederung der Gesellschaft und deren Veränderung zu untersuchen, orientieren wir uns an einem makrosoziologisch definierten Begriff der Sozialstruktur. Die Definition von Zapf erscheint uns hier besonders geeignet: "Unter Sozialstruktur verstehen wir die demographische Grundgliederung der Bevölkerung, die Verteilung zentraler Ressourcen wie Bildung, Einkommen und Beruf, die Gliederung nach Klassen und Schichten, Sozialmilieus und Lebensstilen, aber auch die soziale Prägung des Lebenslaufs in der Abfolge der Generationen" (Wolfgang Zapf 1989: 101). An einer so verstandenen Sozialstruktur wird unmittelbar deutlich, daß sie für den Handelnden - je nachdem wo er steht - als Restriktion bzw. als Option wirken kann.

Unter diese Definition läßt sich auch der Begriff der Lebenslagen subsumieren. Er erfordert offenbar nach Einschätzung mancher Autoren deshalb eine besondere Erwähnung, weil früher unter dem Begriff der Sozialstruktur häufig lediglich Über- und Unterordnungsverhältnisse (soziale Schicht, Klasse) verstanden wurden, was für den neueren Begriff der Lebenslagen nicht so umstandslos gilt (Kreckel 1992, Müller 1992; vgl. hierzu Pkt. 3.2.7).

2. Sozialstrukturanalyse: Warum und womit?

Die Notwendigkeit von Sozialstrukturanalysen ergeben sich aus rechtlichen Regelungen, aus dem Erfordernis von Planung und Prognose und aus dem Wunsch nach Analyse.

Sozialstrukturanalyse ist allein schon deshalb erforderlich, um eine Fülle rechtlicher Vorschriften einlösen zu können. Eine große Anzahl solcher rechtlichen Regeln bezieht sich auf das simple Strukturmerkmal der Verteilung der Bevölkerung im Raum. Man nehme nur das Postulat der gleichen Mitbestimmungsmöglichkeit: one man one vote. Dieses Postulat setzt voraus, daß die Wahlbezirke jeweils etwa eine gleich große Anzahl von Wahlberechtigten umfassen. Leicht lassen sich über vierzig Rechtsvorschriften anführen, in denen die Einwohnerzahlen maßgebliche Grundlage für wichtige Rechtsfolgen sind, die nicht nur für Behörden, sondern auch für die Bürger

unmittelbar Bedeutung haben (Sahner 1987: 19ff.). Sozialstrukturanalyse ist aber auch z. B. wegen der grundgesetzlichen Absicherung eines vergleichbaren Lebensstandards in den Regionen der Bundesrepublik geboten (Art. 72 Abs.2 Nr.3, Art. 104a Abs.4, Art. 106 Abs.3 Nr.2, Art. 107 Abs.2), ein Gebot, das vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Lebensverhältnisse zwischen Ost- und Westdeutschland augenblicklich ein besonderes Gewicht erhält.

Sozialstrukturanalysen ermöglichen Planungen und Prognosen. So erlaubt beispielsweise die Berücksichtigung des generativen Verhaltens und des daraus resultierenden Bevölkerungsaufbaus, die zukünftige Belastung und Auslastung der für die verschiedenen Alterskohorten relevanten Institutionen (Schulen, Krankenhäuser, Altenpflegeheime) abzuschätzen.

Schließlich geht es auch darum, soziale Sachverhalte zu erklären. Welche Faktoren fördern die Anfälligkeit gegenüber Rechtsradikalismus? Wie verlaufen die Prozesse der Statuszuweisung? Für eine Gesellschaft, die sich etwas darauf zugute hält, daß die soziale Stellung qua Leistung und nicht qua Geburt vergeben wird, ist das eine wichtige Fragestellung, auf die man gerne eine Antwort hätte, die möglichst auch internationale Vergleiche erlauben sollte.

In aller Regel stehen für die Beantwortung solcher Fragen eine Fülle von Daten zur Verfügung, die ihren Ursprung in Umfragen oder aber in amtlichen Statistiken haben, die freilich häufig genug selbst auf Umfragen zurückgehen.

3. Zur Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland

Was ist die Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland? Die, die man im Westen immer schon kannte, kann es nicht mehr sein. Die des Ostens auch nicht. Auch nicht die Mittelung beider. Man wird sie eine Zeit lang noch getrennt - zumindest für viele Bereiche - ausweisen müssen. Dafür sprechen viele gute Gründe, sogar grundgesetzliche, wie wir im letzten Kapitel gesehen haben. Es ist nicht von der Hand zu weisen, und es wird eine ganze Zeit noch so sein, daß innerhalb der Bundesrepublik zwei verschiedene Ungleichheits- und

Sozialstrukturen bestehen. Wir können nicht davon ausgehen, daß mit der Wiedervereinigung der Untersuchungsgegenstand sich lediglich vergrößert hat. Schon die Übersicht in Tabelle 3.: 1 zeigt, daß zwischen beiden Gesellschaften grundlegende Unterschiede bestanden haben, noch bestehen, bzw. sich seit der Wiedervereinigung erst entwickelt haben.

So ist der Anteil der Einpersonenhaushalte und der der Schulabgänger mit Hochschulreife im Osten niedriger als im Westen. Hingegen ist die Erwerbsquote der Frauen trotz des drastischen Abbaus der Erwerbstätigkeit gerade bei den Frauen im Osten immer noch höher als im Westen. Das Einkommensniveau ist im Osten hingegen deutlich niedriger, nähert sich aber kontinuierlich dem des Westens an. Welcher Verunsicherung (Bedrohung durch Arbeitslosigkeit, Mietsteigerungen etc.) die ostdeutsche Bevölkerung durch den durch die Vereinigung induzierten Wandel ausgesetzt war, läßt sich nachhaltig mit Hilfe eines klassischen Indikators nachweisen. Wie immer in Krisenzeiten sank die Geburtenzahl seit der Wende dramatisch ab. Erst jüngere Zahlen zeigen an, daß diese Entwicklung zu einem Stillstand gekommen ist (vgl. auch Kap. 3.2).

Die Sozialstruktur Ostdeutschlands wird noch lange nicht in der Bandbreite liegen, die für westdeutsche Landschaften bisher üblich war (zum Vergleich von Ost- und Westdeutschland vgl. z.B. Datenreport 1994 und Sozialreport 1994).

Tabelle 3.: 1 Indikatoren zur Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland 1950 - 1993¹ (DDR bzw. Neue Bundesländer 1989 - 1993)

Indikator	Einheit	1950	1960	1970	1975	1980	1985	1989	1989	1990	1990	1991	1991	1992	1992	1993	1993	
								ABL*	NBL*	ABL*	NBL*	ABL*	NBL*	ABL*	NBL*	ABL*	NBL*	
Bevölkerung																		
Einwohnerzahl	Mio.	49,90	55,43	60,65	61,85	61,53	60,98	62,01	16,61	63,25	16,11	64,07	15,91	65,29	15,69	65,7	15,59	
Geburtenzahl	Tsd.	813	969	811	601	621	586	682	199	727	178	722	108	721	88	718	81	
Wanderungssaldo a	Tsd.		+395	+574	-199	+312	+83	+977	-244,1	1041	-376,6	+749	+21,5	698	+89,8	+394	+77	
Anteil 0-15jährige b	%	23,7	21,5	23,2	21,5	18,2	15	15,1	19,5	15,4	19,6	15,6	19,3	15,8	18,6			
Anteil 60jähriger und älter b	%	13,7	16,4	19,3	20,1	19,3	20,5	20,9	18,3	20,7	18,9	20,8	19,1	20,6	19,4			
Familien und Haushalte																		
Anzahl der Haushalte	Mio.	16,65	19,5	21,99	23,72	24,81	26,37	27,79	6,98	28,18	6,65	28,58	6,67	29,04	6,66	29,49	6,73	
Anteil der Einpersonenhaushalte	%	19,4	20,6	25,1	27,6	30,2	33,6	35,2	24,9	35,0	28,5	35,1	27,6	35,0	28,1	35,3	29,3	
Scheidungsrate auf 10 Tsd. Ehen		67,5	35,7	50,9	67,4	61,3	86,1	84,6	122,8	81,0	79,0	82,8	22,6	80,4	26,4	83,0	47,6	
Bildung und Ausbildung																		
Schulabgänger mit Hochschulreife c	%	6,1	11,3	20,2	21,7	21,7	28,5	32,0	13,6	33,5		37,3		35,7 ^{c1}	19,8 ^{c2}		163	
Studentenzahl	Tsd.	128	291	511	841	1044	1338	1505	135,7	1585	133,6	1647	135	1681	142,0	1712	163	
Einkommen																		
Nettolohn- und Gehaltssumme d	DM																	
Reallohnindex Arbeiter (1985=100)	f	29,4	47,9	82,0	89,6	101,9	100	110,5	9432 ^e	29161	12444 ^e	30056	16320	31293	20872	32200	23500	
Realgehaltsindex Angestellte (1985=100) f			46,9	74,6	87,7	99,0	100	110,4		112,0		114,3		116,0		116,1		
Erwerbstätigkeit																		
Erwerbspersonen	Mio.	21,96	26,52	26,82	26,88	27,95	27,85	29,77	9,86	30,33	8,95	30,57	8,44	30,92	7,97	30,9	7,75	
Erwerbstätige	Mio.	21,15	26,25	26,56	25,80	26,98	25,59	27,63		28,43	8,36	29,17	7,17	29,45	6,80	28,66	6,60	
Arbeitslose	Tsd.	1868	271	1488	1074,2	888,9	2304	2037,8		1883,1	474	1689,3	912,8	1808	1170	2270	1149	
Erwerbsquote Männer g	%	63,2	63,2	58,3	57,0	58,4	60,3	59,7	64,0	60,8	62,1	58,5	59,9	59,8	56,7	59,3	55,7	
Erwerbsquote Frauen g	%	31,3	33,6	30,2	31,1	32,6	35,9	37,2	53,0	39,2	50,5	37,9	50,0	39,4	48,5	39,3	47,7	
Selbständige/Mithelfende	Tsd.	6410	5990	4420	3640	3162	3034	2980	183	2963	317	2978	490	3055	411	3046	435	
Beamte	Tsd.	852	1467	1945	2201	2341	2452	2492		2471		2423	90	2401	108	2367	131	
Angestellte	Tsd.	3211	6092	7759	8784	10160	10454	11513		11983	3387	12492	3794	12718	3412	13521	3240	
Arbeiter	Tsd.	9900	12514	12434	11686	11317	10549	10646		11016	3980	11280	3522	10967	2923	10692	2788	
Landwirtschaft	Tsd.	5089	3581	2262	1750	1403	1200	1028	963	995	781	963	450	924	282	980,9 ^h	274,2 ^h	
Produzierendes Gewerbe	Tsd.	9381	12497	12987	11620	11721	10800	10997	4138	11318	3944	11489	3001	11354	2321	11646	2484 ^h	
Handel und Verkehr	Tsd.	3103	4759	4755	4870	5032	4920	5158	1546	5316	1404	5545	1265	5646	1163	5360 ^h	1211 ^h	
Staat und Dienstleistungsunternehmen	Tsd.	4234	5226	6556	7770	8824	9580	10475	2766	10858	2691	11222	2503	11563	2578	11794	2629 ^h	
Ausländische Arbeitnehmer	Tsd.		279	1807	2061	2018	1568	1678		1775		1891		2030		2184		

1) Quelle: Siehe Anhang.

*) ABL: Alte Bundesländer; NBL: Neue Bundesländer.

a) Zuzüge minus Fortzüge (grenzüberschreitend, einschließlich Ausländer).

b) Anteil an der Gesamtbevölkerung.

c) in Prozent des Durchschnittsjahrganges der 18- bis unter 21jährigen Bevölkerung; c1) einschließlich Berlin-Ost; c2) ohne Berlin-Ost.

d) jährlich je beschäftigten Arbeitnehmer (Bruttolohn- und Gehaltssumme abzüglich Lohnsteuer und tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitnehmer).

e) durchschnittliches individuelles Nettoeinkommen (vgl. Sozialreport 1992).

f) mit dem Preisindex für die Lebenshaltungskosten eines 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes mit mittleren Einkommen errechnet (Quelle: Statistisches Bundesamt).

g) in Prozent der Wohnbevölkerung entsprechenden Geschlechts.

h) Ergebnisse des Mikrozensus 1993. In: Wirtschaft und Statistik 12/94: 992.

Für die Erstellung dieser und anderer Darstellungen sowie für vielfältige weitere Hilfe danke ich Jens Aderhold.

3.1 Transformationsprozesse in Ostdeutschland

3.1.1 Von der Schwierigkeit, eine Gesellschaft zu modernisieren:

Modernisierungsdefizite der DDR

Daß die DDR mit materiellen und immateriellen Ressourcen schlechter ausgestattet war als die Bundesrepublik, lag nicht an der minderen Leistungsfähigkeit ihrer Bewohner, sondern an den ungünstigeren sozialstrukturellen Randbedingungen. Richtig ist, daß aufgrund der ungünstigen institutionellen Ausstattung (trotz aller Anstrengungen) der Output vergleichsweise mager war.

Jede Gesellschaft verfügt über eine spezifische institutionelle Grundausstattung, die in aller Regel unterschiedlich gut geeignet ist, bestimmte Ziele zu erreichen: Wohlstand, Freiheit, Mobilität. Sie berührt aber auch die Innovationsfähigkeit und die Adaptionkapazität von Gesellschaften.

Zu solchen Basisinstitutionen moderner Gesellschaften zählt man z. B. die Konkurrenzdemokratie und die soziale Marktwirtschaft. Ein Kontrastprogramm dazu besteht z. B. in der Diktatur des Proletariats (Machtmonopol) und in der Planwirtschaft.

Die Liste solcher Basisinstitutionen ließe sich verlängern. Verschiedene Theoretiker betonen unterschiedliche Sätze von Institutionen. So verweist z. B. Dahrendorf auf die Bedeutung des Konfliktes, auf die Mobilität (vertikale und horizontale), auf die freie Assoziation von Interessen usw. (Dahrendorf 1961). Es ist plausibel, daß Gesellschaften mit einem bestimmten Satz solcher "evolutionärer Universalien" (Parsons 1969, zuerst 1964) "überlebensfähiger" oder einfach effektiver sind als andere. Parsons selbst räumt in diesem Zusammenhang folgenden "Erfindungen" (Parsons 1969: 55), wie er diese sozialen Institutionen auch nennt, Bedeutung ein:

Neben der "Religion" (zentraler in vorindustriellen Gesellschaften), der Kommunikation durch Sprache, der sozialen Organisation durch Verwandtschaftsordnungen und Technologie ist es vor allem die soziale

Schichtung, die eine generelle Voraussetzung für die Konzentration verantwortlicher Führung ist (Parsons 1969:60). Soziale Schichtung fördert ferner den Prozeß der Evolution, der durch Zuschreibung (Statuszuschreibung über Familie) eher behindert wird. Mobilität wird so erst möglich. Ferner sind ihm (Verwaltungs)Bürokratie, Geld- und Marktorganisationen, die Rechtsordnung ("das wichtigste Einzelmerkmal der modernen Gesellschaft") und demokratische Assoziationen wichtig.

Nach Parsons steigern diejenigen Gesellschaften, die diese Innovationen einführen, ihre Anpassungskapazität ganz erheblich (Parsons 1969: 71). Die entscheidende Funktion des Systems demokratischer Assoziationen ist die Beteiligung der Mitglieder einer Gesellschaft bei der Auswahl der Führer und der Formulierung der Grundlagen der Politik. In diesem Zusammenhang formulierte er 1964 eine heute erstaunlich anmutende Prognose, nämlich die, "daß es die totalitäre kommunistische Organisation langfristig wahrscheinlich mit der 'Demokratie' und ihren politischen und integrativen Kapazitäten nicht voll aufnehmen kann. Ich stelle tatsächlich die Prognose, daß sich die kommunistische Gesellschaftsorganisation als instabil erweisen wird und entweder Anpassungen in Richtung auf die Wahlrechtsdemokratie und ein pluralistisches Parteiensystem machen oder in weniger entwickelte und politische weniger effektive Organisationsformen 'regredieren' wird; im zweiten Fall würden sich die kommunistischen Länder viel langsamer weiterentwickeln als im ersten Fall. Diese Voraussetzung stützt sich nicht zuletzt darauf, daß die Kommunistische Partei überall die Aufgabe betont hat, das Volk für eine neue Gesellschaft zu erziehen. Langfristig wird ihre Legitimität bestimmt untergraben, wenn die Parteiführung weiter nicht willens ist, dem Volk zu vertrauen, das sie erzogen hat. In unserem Zusammenhang aber heißt dem Volk vertrauen: ihm einen Teil der politischen Verantwortung anzuvertrauen. Das kann nur bedeuten, daß die monolithische Einheitspartei schließlich ihr Monopol der politischen Verantwortung aufgeben muß" (Parsons 1969: 70f). Diese Weitsicht war dem kollektiven Gedächtnis der Profession aufgrund des Banns, den die scientific community in den sechziger und siebziger Jahren, als in der westdeutschen Soziologie eine marxistisch orientierte Soziologie dominierte (Sahner 1982), über Parsons verhängte, lange entfallen.

Nicht wenige Wissenschaftler aus Ost- und Westdeutschland sehen heute in der mangelnden Adaptionfähigkeit des SED-Regimes Gründe für dessen Untergang. Das DDR-System war so verkrustet, daß es nicht mehr in der Lage war, auf neue Herausforderungen flexibel genug zu reagieren. Abgesehen davon, daß einige externe Bedingungen nicht mehr gegeben waren, die seine Existenz sicherten, war es auch intern aufgrund verschiedener sozialstruktureller Bedingungen nur noch mit Mühe in der Lage, die auftretenden Anforderungen zu lösen.

Wenn wir nun fragen, wie sich die neuen Bundesländer entwickeln, müssen wir auch nach dem Wandel sozialstruktureller Randbedingungen fragen. Ein vollkommen anderes Wirtschaftssystem kann man z. B. einer Gesellschaft nicht so ohne weiteres überstülpen, ohne dafür Sorge zu tragen, daß bestimmte sozialstrukturelle Voraussetzungen erfüllt sind.

Drei sozialstrukturelle Eigenheiten sollen im Folgenden diskutiert werden, die in der DDR zwar politisch gewollt waren, aber aus westlicher Sicht als Modernisierungsdefizite betrachtet werden müssen:

1. den Prozeß der Statuszuweisung, also das Zugangsverfahren zu den Schichtpositionen;
2. die Einkommensnivellierung; und
3. die zentralisierte Machtstruktur.

(1) Es gehört zu den Errungenschaften der Moderne, daß die Position, die man in der Sozialstruktur einer Gesellschaft einnimmt, nicht (mehr) von der Geburt abhängig ist. Nicht mehr dominant Standesmerkmale spielen bei uns eine Rolle bei der Statuszuweisung, sondern zunehmend Leistungskriterien - bei aller Selbstrekrutierung, bei aller Schichtreproduktion, die immer noch zu beobachten ist. Selbst die Bedeutung des Geschlechts in diesem Prozeß wird zunehmend abgebaut. Was die Schul- und Bildungschancen betrifft, haben die Frauen die Männer mittlerweile nicht nur eingeholt, sondern schon knapp überholt (Bolte und Hradil 1984: 162ff).

Mit dieser sozialen Mobilisierung wird nicht nur ein normatives Postulat erfüllt, sondern dieser Prozeß erhöht auch die Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft. Flexibilität und Anpassungs-kapazität werden erhöht.

Wie sah die Situation in diesem Punkt in der DDR aus? In einem gewissen Sinne ist man hier viel radikaler vorgegangen. Zwar spielten Standesmerkmale (bzw. Klassenmerkmale) bei der Zuteilung von Bildungschancen (zumindest in der frühen DDR-Zeit) eine besondere Rolle, aber in einer Weise, die zu einem Austausch der Schichten führte. Arbeiter- und Bauernstatus (proletarische Herkunft) wurde belohnt, weiterführende Schulen und die Arbeiter- und Bauernfakultäten standen offen. Akademikerkindern hingegen wurde das Studium erschwert, wenn nicht verweigert. Es ist auch nicht von der Hand zu weisen und außerdem gut dokumentierbar, daß im Vergleich zur Bundesrepublik im Schnitt eine bessere Versorgung mit schulischen und beruflichen Grundqualifikationen erreicht wurde. Hinsichtlich dieses Merkmals könnte man sogar von einem Modernisierungsvorsprung sprechen, wenn heute auch allgemein von einem großen Umschulungs- und Weiterbildungsbedarf gesprochen wird (Geißler 1992a: 17).

Bedenkt man, daß es in der Bundesrepublik immer eine beträchtliche Selbstrekrutierung innerhalb des existierenden Schichtgefüges gegeben hat und noch gibt, dann wurde in der DDR die normative Vorgabe einer absoluten Offenheit des Bildungszuganges zwar nicht erfüllt, aber das Handicap der Unterschichten, das im Sozialisationsvorsprung der Oberschichtkinder besteht, erfolgreich kompensiert. Unter funktionalen Gesichtspunkten, wobei der funktionale Bezug die Gesellschaft ist, muß man die Vorteilhaftigkeit jedoch bezweifeln, da für die schulische Förderung ja Leistungsgesichtspunkte eine untergeordnete Rolle spielten. Statt universalistischer Kriterien (Leistung) spielten partikularistische (Geburt) eine Rolle.

Übrigens kehrte sich dieser Prozeß, nachdem die Eliten ausgetauscht waren, wieder um. Denn im Laufe der DDR-Geschichte stiegen die Chancen der Kinder der etablierten Schicht auf weiterführende Schulbildung auf Kosten der Arbeiterkinder an, und zwar in einer Weise, daß Arbeiterkinder im Westen

größere Chancen hatten als im Osten, eine weiterführende Bildung zu erwerben (Geißler 1992a, Bathke 1990).

Mit dem Erwerb schulischer Bildung wurden aber erst wichtige Grundlagen für den Statuszuweisungsprozeß geschaffen. Denn wer welche Positionen innerhalb der DDR einnehmen durfte, hing eben nicht nur von der formalen Qualifikation und der Leistung ab, sondern auch von politischen Kriterien. Für die Besetzung wichtiger Führungspositionen waren politische Loyalität oder gar die SED-Mitgliedschaft wichtige, wenn nicht notwendige Voraussetzungen.

Naturgemäß sind diese Dinge schwer zu quantifizieren. Zur Charakterisierung nur einige Sätze des langjährigen und unverdächtigen Vorsitzenden der ältesten Gesellschaft der Naturforscher der Welt, der Leopoldina in Halle, Professor Bethge, zu diesem Sachverhalt. Nach ihm haben "etwa 80% der Professoren der SED angehört" und "60-70% von diesen dem Parteibuch die Karriere" zu verdanken (Bethge 1990: 207). Der Physiker Schmutzer, der erste nach der Wende frei gewählte Rektor der Universität Jena, sagte in seiner Antrittsrede, "daß in den letzten Jahren in der Physik in Jena kein einziger Nicht-Genosse Ordinarius werden konnte" (Bethge 1990: 207f). Den Ausführungen ist zu entnehmen, daß mancher qualifizierte Nachwuchswissenschaftler, "nur weil er etwas quer dachte" (Bethge 1990: 207), fallen gelassen wurde.

Dies soll nur als Schlaglicht dienen. Parteipolitische Loyalitäten spielten flächendeckend eine Rolle bei der Vergabe von Führungspositionen. Daß eine Gesellschaft ihre Adaptionkapazität verliert (oder doch zumindest stark einschränkt), wenn für die Besetzung wichtiger Positionen nicht Sachgesichtspunkte eine Rolle spielen, dürfte nachvollziehbar sein.

(2) Dies gilt umso mehr, als ein weiteres Steuerungsinstrument, nämlich Einkommen, aufgrund der ideologisch bedingten Vorgabe des Gleichheitspostulats weitgehend ausgefallen war. Welchen Anreiz gibt es, Betriebsleiter zu werden, wenn ein quasi unkündbarer Mitarbeiter, unter extensiver Ausnutzung dieses Privilegs, fast das gleiche Einkommen hat? Der Effekt dieses Wirtschaftens bestand darin, daß zwar die Einkommen gleicher

verteilt waren als in der Bundesrepublik, daß Einkommen und Lebensstandard aber bekanntlich deutlich tiefer lagen, ohne daß allerdings die Gleichverteilungskurven so dramatisch unterschiedlich waren (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 1984: 271). Die Befriedigung, die daraus resultierte, daß nicht eine Minderheit den Rahm abschöpfte, hatte man mit einer absoluten Schlechterstellung des größten Teils der Bevölkerung erkaufte.

(3) War das Einkommen weitgehend nivelliert, so war die Macht in hohem Grade bei wenigen Personen konzentriert, ohne wirksame Opposition, ohne effektive Kontrolle von unten, ohne freie Wahlen, ungefährdet von Bürgerbewegungen, Demonstrationen, Studentenunruhen etc.

Nicht nur die wichtigsten Entscheidungen für Politik, Wirtschaft, Justiz bis zur Mode wurden von wenigen Personen gefällt - ja, auch die Entscheidungen im Modebereich, wie glaubwürdig berichtet wird (Lötsch 1993: 34). Man stelle sich dieses groteske Bild vor, die vergreisten Mitglieder des Politbüros als kleine Lagerfelds. Wenn alles geplant wird und wenn man über jedes Detail in einem engen Zirkel bestimmen will, dann wird auch schon mal etwas vergessen (wie z. B. die Sicherheitsnadeln und das Toilettenpapier, wie glaubhaft berichtet wird).

Ein so konstruiertes System hat nicht die erforderliche Flexibilität, auf Änderungen der Umwelt zu reagieren. Egalisierung, die geschilderten Statuszuweisungsprozesse, die Konzentration der Macht können als Beispiele für Modernisierungsdefizite der DDR-Gesellschaft betrachtet werden. Die staatlich verordneten Mechanismen sind mit der Wende aufgehoben, sie dürften aber in den Köpfen der Bürger ihre Spuren hinterlassen haben. Dies sind immaterielle Sachverhalte, die aber neben den materiellen (man denke nur an den veralteten Kapitalstock) nicht zu vernachlässigen sind, wenn man danach fragt, was denn die Transformation dieser Gesellschaft so schwierig macht.

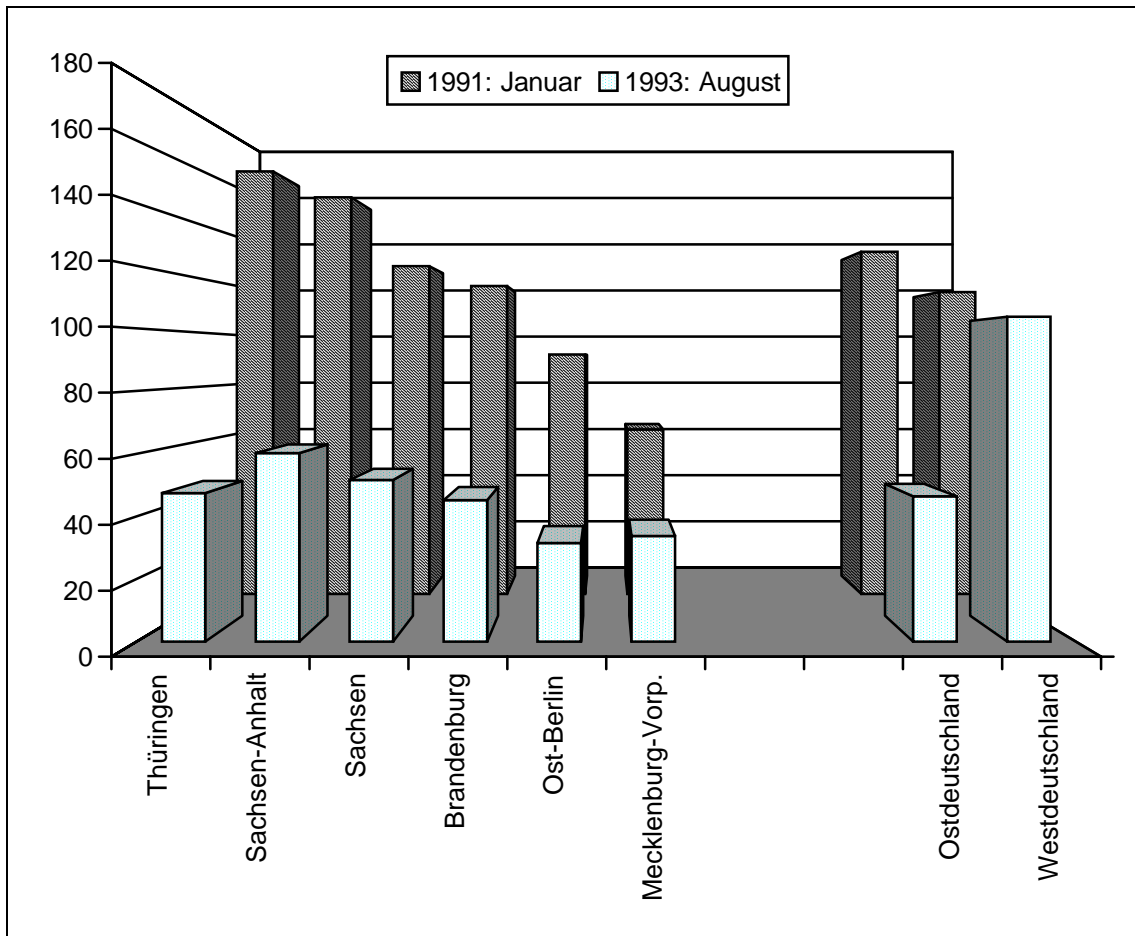
3.1.2 Transformation der ostdeutschen Sozialstruktur

In Abgrenzung von der Modernisierung versteht man unter Transformation einen Wandlungsprozeß, bei dem das Ziel bekannt ist. Nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik bedeutete das die Übernahme von Institutionen (evolutionäre Universalien in Parsonsscher Terminologie) moderner westlicher Industriegesellschaften, konkret, die der (alten) Bundesrepublik Deutschland. Konkurrenzdemokratie, soziale Marktwirtschaft, Verwaltungsgerichtsbarkeit etc. zählen z. B. dazu. Ostdeutschland und mit ihm auch die Bürger wurden mit diesem Institutionentransfer einem immensen sozialstrukturellen Wandel unterworfen.

Mit dem Institutionenwandel ging ein radikaler Wandel der Verhaltensanforderungen an die Individuen einher, wie man ihn sich drastisch genug im Westen kaum vorstellen kann. Das "Geflecht der Beziehungsmuster zwischen Handelnden in ihrer Eigenschaft als Rollenträger" wurde neu definiert. Die daraus resultierenden psychosozialen Probleme (Trommsdorff 1995) kann man als Außenstehende höchstens erahnen.

Der Austausch von Institutionen ging verhältnismäßig rasch vor sich und kann in weiten Bereichen als abgeschlossen gelten (Sahner 1995). Die Modernisierung von Verwaltung und Justiz - wenn auch noch nicht abgeschlossen - ist innerhalb kurzer Zeit durchgeführt worden, während es auf dem industriellen Sektor lediglich gelang, weite Bereiche still zu legen bzw. doch stark zu reduzieren. Die Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien ging mit einer Deindustrialisierung einher (Abb. 3.1.2: 1) und wurde mit einer hohen Arbeitslosigkeit erkaufte. Produktionsweise und Kapitalstock waren den veränderten Wettbewerbsbedingungen nicht gewachsen. Wenn man von Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland spricht, dann denkt man in der Regel immer "nur" an die etwa eine Million Arbeitslose. Die Situation sieht aber wesentlich kritischer aus (siehe hierzu 3.2.5).

Abbildung 3.1.2: 1 Beschäftigte je 1000 Einwohner: Bergbau und
verarbeitendes Gewerbe
- Vergleich Januar 1991 und August 1993 -



Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, schriftliche Nachrichten v. 02.11.93.

Es erhebt sich hier wirklich die Frage, ob nicht für eine gewisse Übergangszeit, was die Ordnungspolitik betrifft, eine gemischtwirtschaftliche Strategie (Maier 1991) angezeigt gewesen wäre. Denn dieser ganze Transformationsprozeß erfordert immense Opfer, und zwar nicht nur in der Form von etwa einer Million Arbeitslosen (Kühl 1993). Frauen, die im Osten gegenüber dem Westen in der Arbeitswelt ohnehin einen Gleichstellungsvorsprung hatten (Geißler 1992a: 16; Lötsch 1993: 39), waren und sind davon besonders betroffen, da sie stärker als im Westen im produktiven Sektor tätig waren. Und sie werden, das zeichnet sich ab, auch nicht die Modernisierungsgewinner sein. Denn der Dienstleistungssektor, wie er sich jetzt entwickelt, absorbiert eher Männer als Frauen. Ohnehin darf man von ihm keine Wunder erwarten: er entwickelt sich nur langsam, was nicht verwundert, denn er befindet sich im großen und

ganzen nun mal im Schlepptau der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (IWH, 2, 1992) - und die verläuft bekanntlich sehr zögerlich.

Grob skizziert gilt: Dienstleistung folgt der Industrialisierung. Die Entwicklung der Verwaltung, der Machtstruktur, des Bildungssystems, der Gerichtsbarkeit, ist i. d. R. ein Reflex von Industrialisierungsprozessen. In Ostdeutschland ist dies eher umgekehrt. Kein Wunder, schließlich wird hier ein politisches System durch ein anderes überformt; den Veränderungen liegen politische Entscheidungen zugrunde. Die gewaltigen Umstrukturierungen können nur kurz skizziert werden.

Die monopolistisch organisierte Machtelite wurde vollständig aufgelöst und in eine pluralistische westdeutscher Prägung überführt. In verschiedenen Sektoren der Gesellschaft fand eine mehr oder weniger große Zirkulation der Eliten statt. Einen fast totalen Austausch gab es in den Bereichen Politik, Justiz, Militär und Gewerkschaften. Die sozialistische Dienstklasse, weitgehend identisch mit dem sogenannten X-Bereich (Beer 1992: 6), der die Beschäftigten der Armee, Polizei, Staatssicherheit, des Zolls, der Parteien und Massenorganisationen umfaßt, wurde nahezu vollständig abgebaut. Die Quantifizierung dieser Personenzahl und damit auch die Bestimmung des Umfangs des Dienstleistungssektors war immer sehr schwierig, weil dieser Sektor in den offiziellen Statistiken nicht ausgewiesen wurde. Die Größenordnung des X-Bereiches kann auf etwa eine Million Personen geschätzt werden (iw-trends 2, 1990: VI-10).

Einige Zahlen (Geißler 1992a, 1993): Das Ministerium für Staatssicherheit mit seinen ca. 85 500 hauptamtlichen Mitarbeitern wurde vollkommen aufgelöst. Ebenso der SED-Apparat mit seinen 44 000 hauptamtlichen Funktionären. Die Nachfolgepartei PDS verfügt nur noch über 200 Parteiangestellte. Von den 172 000 Berufs- und Zeitsoldaten wurden lediglich 50 000 in die Bundeswehr übernommen. Die Zahl der etwa 179 000 Lehrer und Lehrerinnen wurde reduziert. Eine Reduktion war auch im Hochschulbereich erforderlich. An den Hochschulen der DDR waren fast dreimal so viele hauptberuflich tätige Wissenschaftler beschäftigt wie an den westdeutschen Universitäten (Geißler 1992a: 23).

Mit der Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien und der Konkurrenzdemokratie, mit der Abschaffung des SED-Regimes, der Auflösung der sozialistischen Dienstklasse und durch den Sachverhalt, daß nicht mehr Parteiloyalität als dominantes Aufstiegskriterium wirkt, wurden wichtige Voraussetzungen für eine entwicklungsfähige Gesellschaft geschaffen. Die Entwicklung einer leistungsfähigen gewerblichen Wirtschaft steht bisher jedoch noch aus. Vor allem ein mittelständisches, innovatives Unternehmertum fehlt. Wo soll es denn auch herkommen? Die Industrielandschaft war durch Großbetriebe gekennzeichnet. Privates Unternehmertum war nahezu ausgeschaltet. Eine entsprechende Unternehmenskultur ist also nicht vorhanden. Finanzierungsprobleme lassen sie auch nicht so leicht entstehen, Eigenkapital konnte ja nicht gebildet werden.

Und der westdeutsche Unternehmer? - wo bleibt der? Der hält sich in Zeiten bescheidener Konjunktur und vergleichsweise geringer Arbeitsproduktivität zurück. Unter Auslastung seiner Kapazitäten kann er ohnehin alles vom Westen aus besser machen.

3.2 Die Sozialstruktur in ausgewählten Aspekten

3.2.1 Räumliche Struktur, Infrastruktur; regionale Disparitäten

Strukturelle Vielfalt ist ein Kennzeichen der Regionen Deutschlands immer gewesen. Daraus resultiert auch ein beträchtlicher Reiz. Und eine Einebnung und Vereinheitlichung aller Optionen würde sich als unerträglich herausstellen. Wie wir bereits gesehen haben, ist es gleichwohl aus verschiedenen Gründen geboten, die Gliederung der Bevölkerung hinsichtlich zentraler Dimensionen auch in ihrer regionalen Verteilung zu kennen und zu analysieren. Normativer Grundtenor aller raumordnungspolitischen Bemühungen kann aber immer nur eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, nie eine der Gleichartigkeit sein.

In der Nachkriegszeit standen verschiedene regionale Disparitäten in der Diskussion. Zunächst beherrschte die Diskussion das Spannungsverhältnis von Stadt und Land (hier sei noch an den Aspekt der unterschiedlichen

Bildungschancen zwischen den Bürgern in Stadt und Land erinnert) und die wachsende Dominanz von Ballungsräumen. Hier bleibt vor allem aber anzumerken, daß in der Bundesrepublik ein in anderen Staaten beklagter Zentralismus sich nicht entwickeln konnte. Nicht zuletzt der kooperative Föderalismus hat zu einer dezentralen Raum- und Siedlungsstruktur geführt bzw. diese stabilisiert, die sich auch in einem ausgeprägten und leistungsfähigen polyzentrischen Städtesystem niedergeschlagen hat. Verwerfungen und Schwerpunktbildungen blieben freilich nicht ausgeschlossen. Erinnert sei nur an die jüngste Diskussion eines Süd-Nord-Gefälles, die freilich abrupt mit der Wiedervereinigung aufgrund der gravierenden Disproportionalitäten zwischen Ost und West zu einem Stillstand gekommen ist. Denn mit der Vereinigung wurden zwei gänzlich unterschiedliche Teilräume zusammengeführt. "Kein anderer Staat der Europäischen Union vereinigt innerhalb seines Staatsgebietes Regionen von so unterschiedlicher Wirtschaftskraft. Festzustellen ist, daß beispielsweise die Mehrzahl der Regionen in den neuen Ländern hinsichtlich ihrer infrastrukturellen Ausstattung mit am Ende der Rangfolge der Regionen innerhalb der EU stehen" (Raumordnungsbericht 1993: 1). Daß dieser Sachverhalt seine Ursache in einer defizitären Institutionenausstattung hatte und nicht auf die Unfähigkeit der Bevölkerung zurückzuführen ist, das wurde schon dargelegt.

Ein Wechsel in der Lagebeziehung erschwert die Situation noch erheblich. In den 40 Jahren der Existenz der DDR wurde aus der einstmals dominierenden West-Orientierung der Wirtschaft eine Ost-Orientierung (vgl. hierzu Grundmann 1991: 139ff). Beispiele dafür sind der Ausbau des Hafens von Rostock und die forcierte Entwicklung der Industrie in Gebieten längs der Oder-Neiße-Linie. Nun wird abrupt eine Westorientierung erforderlich. Eine Brückenfunktion für Osteuropa konnten die alten Strukturen aufgrund des wirtschaftlichen Zusammenbruch im Osten bisher kaum übernehmen.

Zu der erwähnten defizitären strukturellen Ausstattung gesellen sich Anpassungsprobleme, die aus den veränderten gesellschaftlichen Randbedingungen resultieren. Hier sei nur auf die neue Situation in der Landwirtschaft verwiesen. Die Funktion der landwirtschaftlichen Produktions-

genossenschaften in der DDR war es nicht nur, eine weitgehende Selbstversorgung mit landwirtschaftlichen Produkten zu sichern, sondern die Genossenschaften übernahmen auch wichtige Aufgaben im infrastrukturellen, sozialen und kulturellen Bereich.

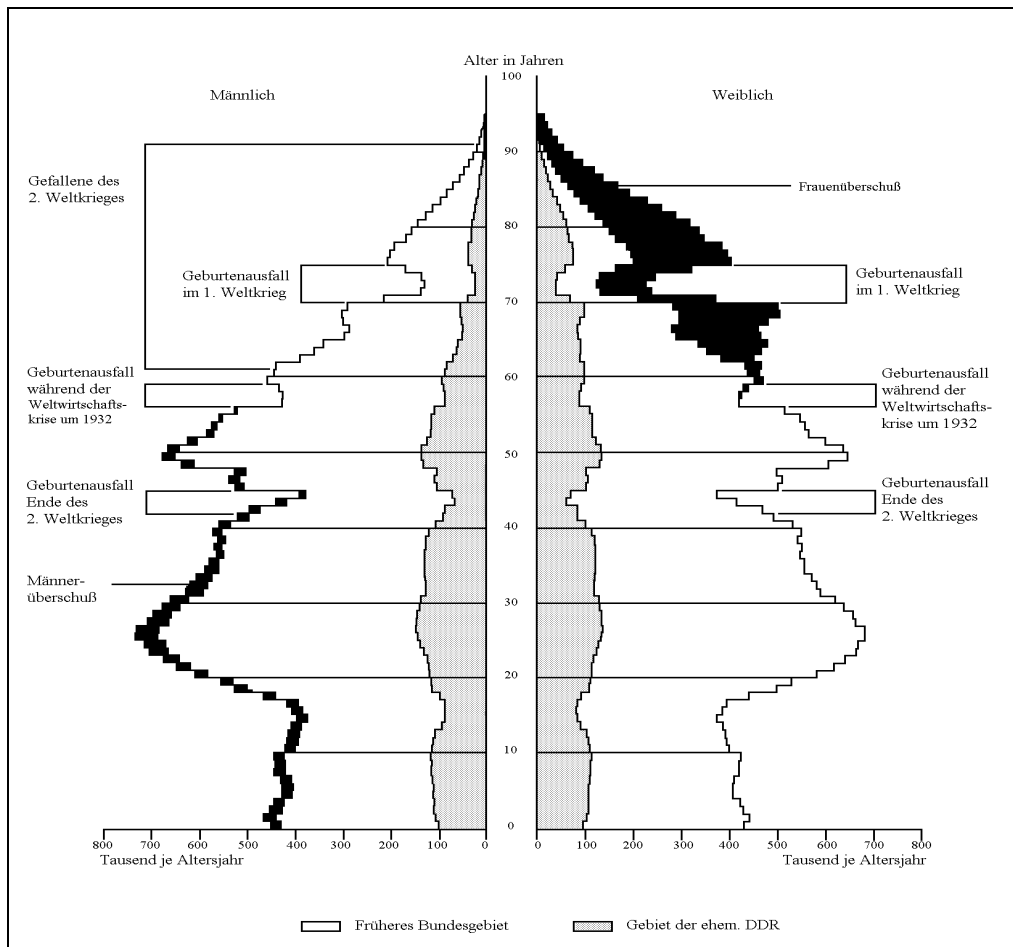
Die Probleme im ländlichen Bereich werden also nicht nur dadurch charakterisiert, daß im April 1992 nur noch 208 000 Personen gegenüber 850 000 Personen 1989 in der Landwirtschaft beschäftigt waren (Raumordnungsbericht 1993: 123), sondern auch dadurch, daß die sozial-kulturellen Funktionen durch die Auflösung der Genossenschaften entfallen sind.

3.2.2 Bevölkerung

3.2.2.1 Der Bevölkerungsaufbau und seine Faktoren

Im Bevölkerungsaufbau einer Gesellschaft spiegelt sich auch ihre Geschichte (vgl. Abb. 3.2.2.1: 1). Damit wird schon deutlich, daß die wesentlichen direkten Faktoren des Altersaufbaus der Bevölkerung, nämlich Sterbe-, Geburten- und Wanderungsraten wiederum von anderen Rahmenbedingungen und intervenierenden Variablen abhängen, die vielfältig miteinander verflochten sind.

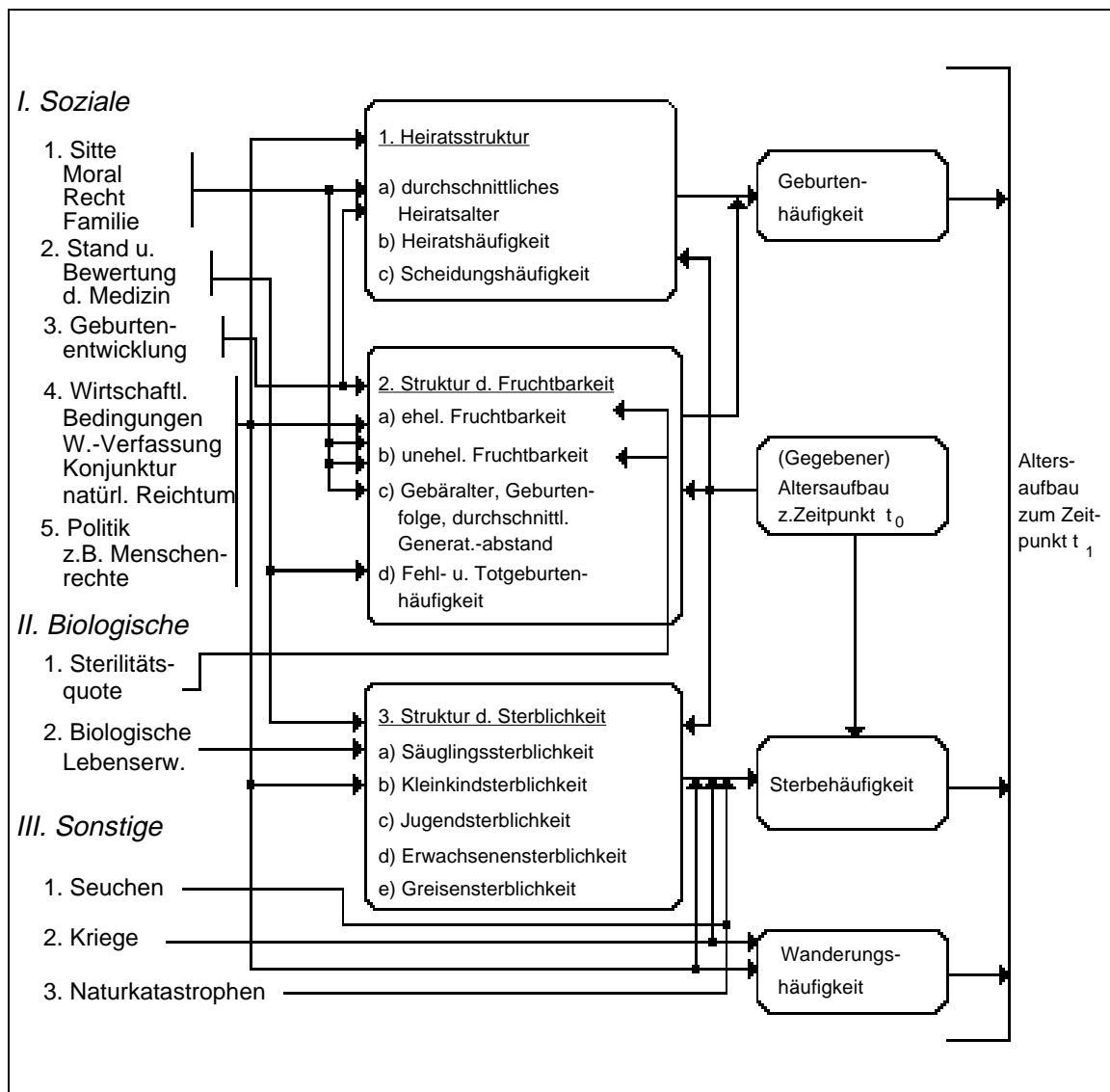
Abbildung 3.2.2.1: 1 Altersaufbau der Bevölkerung Deutschlands am 1.1.1990



Quelle: Statistisches Jahrbuch 1991: 67.

Diese komplexe Struktur läßt sich am besten grafisch in Erweiterung von Mackenroth (1953, 1955) und Kaufmann (1960) wie folgt darstellen (Abb. 3.2.2.1: 2). Dabei kommt den sozialen Faktoren eine gewichtige Rolle zu, wie man sich leicht vor Augen führen kann, wenn man das generative Verhalten von heute mit dem von vor etwa 200 oder 250 Jahren vergleicht (Mackenroth 1953, 1955). Für die Mitte des 18. Jahrhunderts kann ein wachsender und pyramidenförmiger Bevölkerungsaufbau festgestellt werden, während wir heute einen stagnierenden bzw. schrumpfenden Bevölkerungsaufbau feststellen können, aber auch nur dann, wenn wir von den Wanderungen absehen.

Abbildung 3.2.2.1: 2 Rahmenbedingungen für den Altersaufbau einer Gesellschaft



Dabei waren seinerzeit viele Bedingungen für eine wachsende Bevölkerung nicht erfüllt, während sie heute recht günstig sind. Im 18. Jahrhundert war die Heiratshäufigkeit geringer als heute. Problemlos zur Heirat kamen im wesentlichen nur die Besitzschichten. Das war auf dem Lande nicht anders als in den Städten. Wenn auch etwas überspitzt, so kann man die Situation doch so einschätzen: Ein Handwerker blieb so lang unverheiratet, bis er zu einer Stelle kam (u. U. über die Heirat einer Handwerkerwitwe). Ein Bauernsohn konnte in aller Regel erst dann heiraten, wenn er den Hof übernahm. Da die Altersversorgung noch nicht so geregelt war wie heute, versuchte der Altbauer die Übergabe (und damit die Abhängigkeit), das Zusammenleben der Generationen war alles andere als idyllisch, möglichst hinauszuziehen. War die

Situation in relativ bemittelten Schichten schon nicht günstig, so war sie unter den Tagelöhnern aufgrund der ökonomischen Situation noch ungünstiger. Zudem mußte auch noch lange in manchen Gebieten das Einverständnis des Patrons eingeholt werden. Kurz, die (unfreiwillige) Zölibatsquote war hoch und das Heiratsalter lag spät. Kein Wunder, daß in diesen Zeiten die Rate der unehelichen Kinder trotz stärkerer konfessioneller Bindungen höher lag als heute. Weiter lagen die Sterblichkeitsraten - und vor allem die der Säuglinge - selbstverständlich höher als heute. Dies sind alles Faktoren, die einer wachsenden Bevölkerung entgegenstehen.

Dagegen ist das generative Verhalten heute für eine wachsende Bevölkerung relativ günstig. Das Heiratsalter liegt heute relativ niedrig (West: 27 Jahre, m/24 Jahre, w; Ost: zur DDR-Zeit deutlich darunter) und die Verheiratetenquote hoch (in Westdeutschland bei etwa 85% für die 40- bis 50-jährigen). Die Sterblichkeit wurde aufgrund des medizinischen Fortschritts, der Hygiene und der Vorsorge drastisch reduziert.

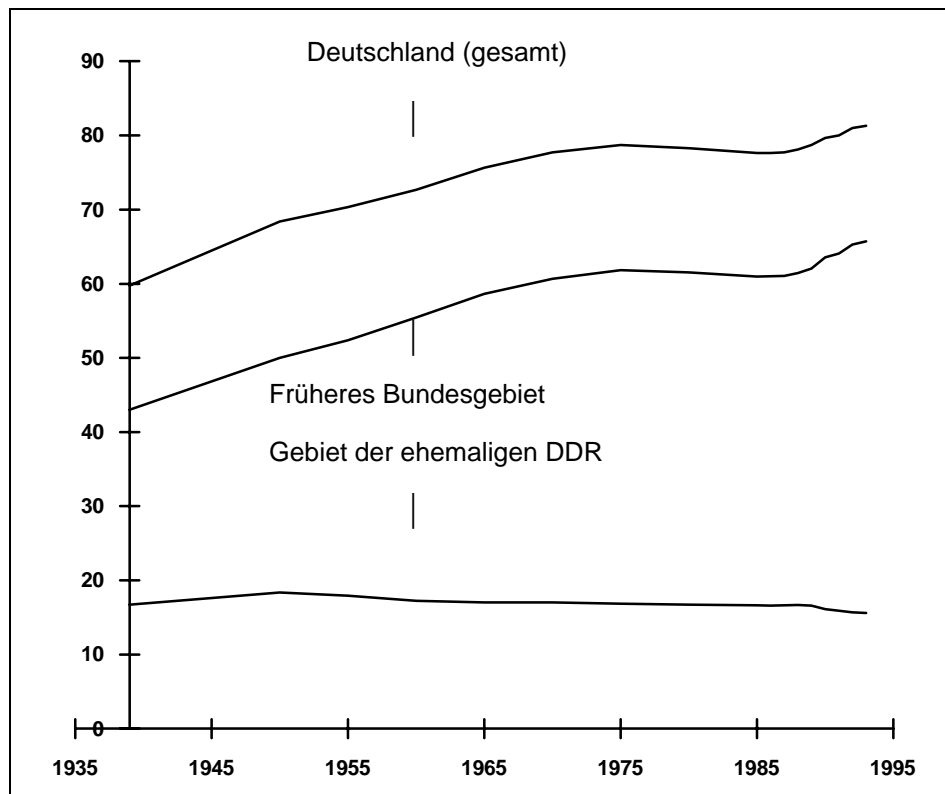
Und dennoch haben wir es heute mit einer eher schrumpfenden Bevölkerung in reifen Industriegesellschaften zu tun. Wie ist das zu erklären? Es liegt an der innerehelichen Fruchtbarkeit! Obwohl die Eheleute im 18. Jahrhundert vielleicht im Schnitt kaum zehn Jahre unter Fruchtbarkeitschancen lebten, machte die nicht selten jährliche Geburtenfolge die ungünstigen Faktoren mehr als wett. Die heute leicht zu beschränkende Fruchtbarkeit (Pillenknick) und eine andere Werthierarchie (Selbstverwirklichung) aufgrund zunehmender ökonomischer Entlastung (die primären Bedürfnisse sind gedeckt), läßt z. B. auch das Heiratsalter bedeutungslos werden. Für den Bevölkerungsaufbau kommt den sozialen Faktoren also eine ganz entscheidende Rolle zu.

3.2.2.2 Bevölkerungsentwicklung in West- und Ostdeutschland

Soziale Faktoren sind selbstverständlich auch heranzuziehen, wenn es für die Nachkriegszeit die wachsende Bevölkerung in Westdeutschland und die schrumpfende in Ostdeutschland zu erklären gilt (Abb. 3.2.2.2: 1). Während in Westdeutschland die Bevölkerung von etwa 50 Millionen im Jahre 1950 auf

über 63 Millionen im Jahre 1990 anstieg, fiel sie in der DDR, trotz großer und auch erfolgreicher (wie sich u. a. aus einem Vergleich der Geburten- und Sterberaten von Ost und West erschließen läßt) bevölkerungspolitischer Anstrengungen (z. B. gab es Wohnung für Heirat), von etwa 18,4 Millionen auf 16 Millionen (vgl. hierzu und zum folgenden z. B. Datenreport 1992, 37ff).

Abbildung 3.2.2.2: 1 Bevölkerungsentwicklung seit 1939 - Jahresdurchschnitt -



Quelle: Datenreport 1994: 21; Wirtschaft und Statistik 1994, Heft 4.

Für das frühere Bundesgebiet wird man neben der Geburten- und Sterberate (die Relationen waren für ein Bevölkerungswachstum ab Anfang der siebziger Jahre sehr ungünstig: Überschuß der Gestorbenen) fünf Wanderungswellen als Erklärung für die Bevölkerungsentwicklung heranziehen können:

1. Der Zuwachs unmittelbar nach dem Kriege resultierte vor allem aus der Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen aus dem Osten (ehemaliges Deutsches Reich und Siedlungsgebiete im Ausland). Acht Millionen etwa

betrug die Zahl 1950, was einem Anteil an der Bevölkerung von 16% entsprach.

2. Parallel und ergänzend, aber über diesen Zeitraum hinaus, nämlich bis zum Bau der Mauer 1961, ist eine Zuwanderung aus der DDR in der Höhe von 3,1 Millionen zu veranschlagen, was für 1961 etwa 5,5% der Bevölkerung des früheren Bundesgebietes ausmacht. Zu ergänzen sind diese Wanderungszahlen um 476 000 Aussiedler aus Ost- und Südosteuropa.

3. Ab etwa Mitte der sechziger Jahre wird die Entwicklung sehr stark durch die Zu- und - was immer wieder vergessen wird - aber auch wieder durch die Abwanderung von Ausländern bestimmt, die man, da die Wirtschaft unter Arbeitskräftemangel litt, ins Land holte. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Datenreport 1992: 39) sind in der Zeit zwischen 1961 und 1989 insgesamt ca. 16 Millionen Ausländer zugezogen, aber auch ca. 12 Millionen Ausländer aus dem früheren Bundesgebiet wieder weggezogen. Bedingt durch Geburtenüberschüsse erhöhte sich die Zahl der Ausländer auf 4,8 Millionen.

Insgesamt entwickelte sich der Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung in der früheren Bundesrepublik von 1,2% im Jahre 1960 auf 8,4 im Jahre 1990, um im Jahre 1991 auf 7,3% abzufallen. Diese Reduktion geht darauf zurück, daß die DDR einen wesentlich geringeren Anteil an Ausländern hatte. Der Anteil an Ausländern in Ostdeutschland liegt heute noch wesentlich unter dem von Westdeutschland. 1990 betrug er im Osten etwa 1%.

Da der Anteil der Ausländer sich nicht gleichmäßig auf die gesamte Bundesrepublik verteilt, bringt er manche Kommunen in beträchtliche Schwierigkeiten (man denke z. B. an die Schulprobleme). So übersteigt allein in 16 Großstädten der Ausländeranteil 10%. In Offenbach und Frankfurt reichen die Ausländeranteile an 25% heran. In Stuttgart und München liegen sie bei 20% bzw. deutlich darüber.

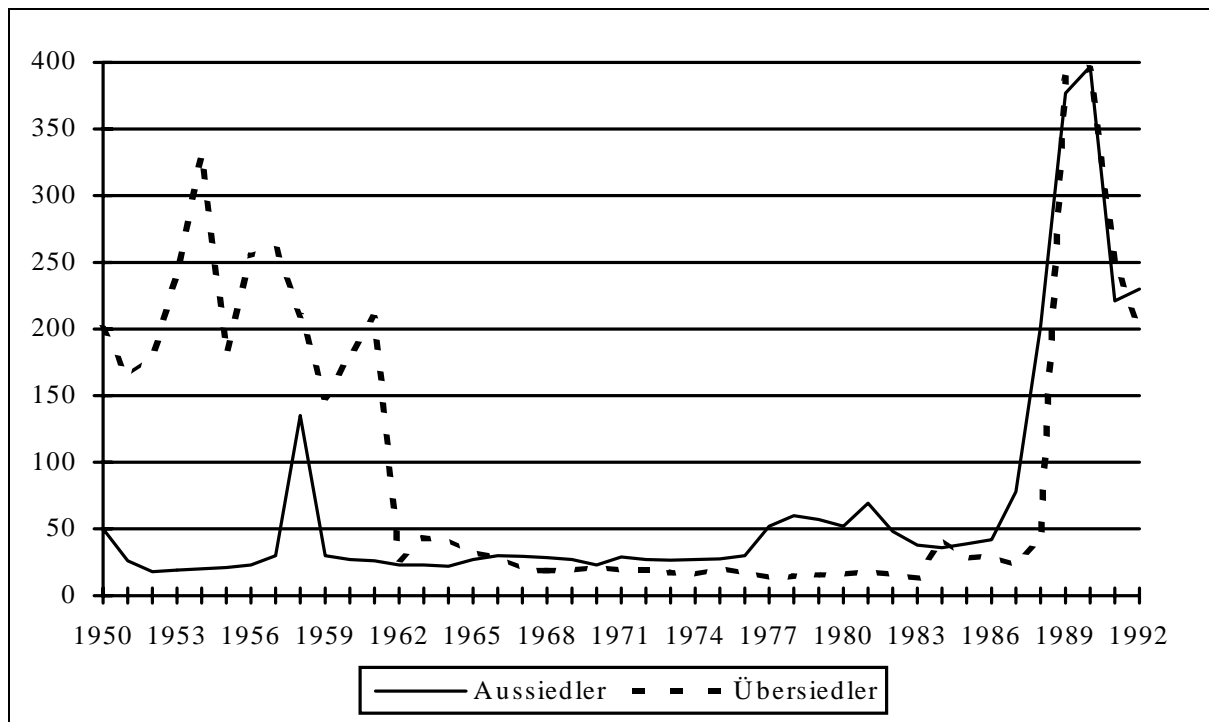
4. Im Jahre 1990 erreicht die Zahl der Aussiedler mit 397 073 Personen einen neuen Höhepunkt. Von 1962 bis 1989 fanden 1,5 Millionen bzw. von 1950 bis 1990 2,4 Millionen Deutsche aus den Ostgebieten des ehemaligen Deutschen

Reiches sowie aus Ost- und Südosteuropa im früheren Bundesgebiet Aufnahme.

5. Durch den Bau der Mauer ging die Ost-West-Wanderung (Übersiedler und Aussiedler) deutlich zurück, um durch die Veränderungen in der DDR und im Ostblock 1989 wieder drastisch anzusteigen (Abb. 3.2.2.2: 2). In jenem Jahr betrug die Anzahl der Übersiedler fast 344 000. Im ersten Halbjahr 1990 stieg sie noch einmal auf 238 000 an. Mitte des Jahres wurde die spezielle Übersiedlerstatistik eingestellt (Datenreport 1992: 40f).

Die Zahlen indizieren, unter welcher Handlungsnot die Regierungen in Ost und West zur Wendezeit standen. Ohne glaubhafte Signale, daß die Grenzen offen bleiben und sich die politischen und wirtschaftlichen Randbedingungen ändern werden, wäre die Wanderungswelle kaum aufzuhalten gewesen. Mittlerweile haben sich die Wanderungszahlen von Ost nach West bzw. von West nach Ost nicht nur stark angenähert, sondern im Jahre 1994 wurde erstmals ein Ausgleich festgestellt.

Abbildung 3.2.2.2: 2 Zuzüge von Übersiedlern* und Aussiedlern 1950 bis 1992
- In Tausend -



*) ab 1989 Abwanderungen aus den neuen Bundesländern und Berlin-Ost in die alten Bundesländer.
Quelle: Wirtschaft und Statistik 1989, Heft 9: 584; Datenreport 1994: 23, 42.

6. Im Gegensatz zu der Aufmerksamkeit, die die Asylbewerber in der Öffentlichkeit gefunden haben, spielen sie für die Bevölkerungsentwicklung nur eine geringe Rolle. Die Zahlen entwickelten sich zwar dramatisch (1992: 438 191 Bewerber). Nur die wenigsten blieben jedoch im Lande. Die Ablehnungsquoten haben eine vergleichsweise geringe Aufmerksamkeit erfahren. So betrug die Anerkennungsquote für das Jahr 1992 lediglich 4,3%. Mittlerweile sind die Bewerberzahlen aufgrund einer restriktiveren Gesetzgebung (Änderung von Artikel 16 des GG) wieder drastisch zurückgegangen.

Der Anstieg der Bevölkerung in der alten Bundesrepublik wird zwar bis zum Beginn der siebziger Jahre auch durch einen Geburtenüberschuß getragen, ist aber in starkem Maße auf Wanderungen zurückzuführen. Betrachten wir unser Schema (Abb. 3.2.2.1: 2), das die Rahmenbedingungen für den Bevölkerungsaufbau zusammenfaßt, dann resultiert diese Attraktivität sicher zu einem beträchtlichen Teil aus der wirtschaftlichen Situation der Bundesrepublik. Sicher ist auch die politische Situation (Menschenrechte) sowohl als Push- als auch als Pull-Faktor zu veranschlagen. Auch der sich in dem sogenannten Pillenknick dokumentierende Geburtenrückgang wurde damit mehr als kompensiert. Die Kausalitäten sind hier aber komplizierter, als es das Schlagwort Pillenknick suggeriert. Hier wurde dankbar eine technische Möglichkeit der Geburtenkontrolle aufgegriffen; andere Faktoren konnten so erst wirksam werden. Dazu zählen (vgl. hierzu detaillierter Geißler 1992b: 290f):

- Funktions- und Strukturwandel der Familie; Kinder verloren ihre ökonomische Bedeutung für Landwirtschaft und Gewerbe; sie wurden sogar stärker als Kostenfaktor wahrgenommen.
- Emanzipation und "Enthäuslichung" der Frau
- zunehmende gesellschaftliche Akzeptanz der Kinderlosigkeit

In der DDR stieg zuerst die Bevölkerung ebenfalls aufgrund der Zuwanderung aus dem Osten an, und zwar auf etwa 18,4 Millionen. Bei einer Zahl von etwa

4,1 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen entsprach das einem Bevölkerungsanteil von 22%. Anschließend sank die Bevölkerung kontinuierlich auf 16,6 Millionen im Jahre 1989. Generatives Verhalten und Wanderungen (wie wir bereits gesehen haben) sind auch hier die ursächlichen Faktoren.

Ohne den Wanderungsverlust ganz ausgleichen zu können, gelang es der DDR doch erfolgreich, den Geburtenrückgang zu bremsen und sogar einen Geburtenüberschuß (einen "zweiten Baby-boom") zu erreichen und das, obwohl die Rahmenbedingungen im Vergleich zur Bundesrepublik ungünstiger waren. Der Lebensstandard war niedriger und die Wohnbedingungen waren schlechter; die Frauen im berufsfähigen Alter waren zu etwa 90% berufstätig, und der Schwangerschaftsabbruch war bereits seit 1972 legalisiert. Erreicht wurde das durch eine Reihe familienpolitischer Maßnahmen und durch Agitation (der Verzicht auf Kinder sei Ausdruck einer kleinbürgerlichen Haltung, vgl. hierzu Geißler 1992b: 266 und 270).

Letztendlich verweisen diese Entwicklungen wieder auf unsere sozialen Rahmenbedingungen (Abb. 3.2.2.1: 2). Ein drastisches Beispiel wird augenblicklich vor Augen geführt. Der rapide Rückgang der Geburtenraten in Ostdeutschland (Stat. Jahrbuch 1994: 74f) noch unter die der westdeutschen ist Ausdruck einer tiefen sozialen und ökonomischen Verunsicherung, wie sie in Krisenzeiten immer wieder auftreten (vgl. hierzu auch Abb. 3.2.2.1: 1). Vor dem Hintergrund des Sachverhalts, daß gleichzeitig eine positive Einstellung zur Familie und zu Kindern besteht, die über der der westdeutschen Bevölkerung liegt (Tabelle 3.2.2.2: 1), kann man davon ausgehen, daß es sich hier zu einem großen Teil um aufgeschobene Geburten handelt. Der Trend dürfte bald gebrochen werden. Allerdings sollte nicht vergessen werden, daß der Rückgang der Geburten auch darauf zurückzuführen ist, daß gerade viele jüngere Bürger Ostdeutschlands in den Westen gewandert sind.

Tabelle 3.2.2.2: 1 Notwendigkeit von Familie

	"Man braucht die Familie zum Glücklichsein"	
	in %	
	Ostdeutschland	Westdeutschland
Insgesamt	83,6	67,7
Geschlecht		
Männer	83,9	68,8
Frauen	83,3	66,7
darunter:		
berufstätige Frauen	82,3	61,3
Familienstand		
ledig	57,5	44,4
verheiratet	90,8	76,3
verwitwet	82,4	82,0
geschieden	76,3	47,9
Alter		
18-30 Jahre	71,2	55,9
31-45 Jahre	84,4	63,9
46-65 Jahre	88,9	73,7
über 65 Jahre	85,6	79,3
Bildung		
Hauptschulabschluß	85,7	72,7
mittlere Reife/polytechnische Oberschule	81,8	65,9
Fachschulreife	86,2	56,4
Abitur/Hochschulreife	80,6	59,9

Datenbasis: Allbus 1992 (N_{West}= 1561/ N_{Ost}= 945).

3.2.2.3 Bevölkerungsprognosen

Da die Sterbehäufigkeit schon seit einiger Zeit die Geburtenhäufigkeit übersteigt, schrumpft die deutsche Bevölkerung. Dies hat immer wieder zu unterschiedlichen Prognosen geführt, wie z. B. zu der, daß die deutsche Bevölkerung ausstürbe. Langfristig ist bei den augenblicklich geltenden Rahmenbedingungen allerdings mit einer Schrumpfung und den damit zusammenhängenden Problemen (Überalterung, Rentenproblematik) zu rechnen. Soll auch die Wohnbevölkerung nicht schrumpfen, so kann die Devise nur heißen: "höhere Geburtenrate oder positive Wanderungsbilanz".

Betreibt man realistische Schätzungen aufgrund der vorliegenden Eckdaten (vgl. z. B. Bucher 1995), so wird die Bevölkerungszahl der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahr 2000 zunehmen, und zwar um etwa 4 Millionen, was

einer Zunahme von 5% entspräche. Gegenüber 79 Millionen zum Zeitpunkt der Prognose hätten wir dann 83 Millionen. Ende 1993 waren es bereits 81,3 Millionen Einwohner. Diese Entwicklung zeigt allerdings regionale Besonderheiten. So ist in den alten Bundesländern mit einer Zunahme zu rechnen, während in den neuen Bundesländern, bedingt durch hohe Sterbeüberschüsse wie auch Abwanderungen in die alten Länder (Bucher 1995: 1), von einer Abnahme auszugehen ist. Der Anstieg im Westen speist sich - bei konstanter Geburtenhäufigkeit - aus der Binnenwanderung und zusätzlich durch Außenwanderungsgewinne.

3.2.3 Familie, Haushalt, Lebensphasen

Wenn man in Anlehnung an die amtliche Statistik die Familie als Lebensgemeinschaft definiert, die durch das Eltern-Kind-Verhältnis bestimmt wird, dann kann man sie als universale Erscheinung charakterisieren. Nach dieser und ähnlichen Definitionen (vgl. z. B. Schäfers 1995: 110; zur Familie allgemein siehe Hill und Kopp 1995) muß ein Rechtsverhältnis (Ehe) also nicht eingegangen worden sein, um eine Familie zu begründen. Wenn man einen Privathaushalt als eine Lebensgemeinschaft definiert, in der gemeinsam gewohnt und gewirtschaftet wird, dann ist danach eine Familie zwar auch ein Haushalt, dieser aber nicht notwendig eine Familie.

Die heute in Industriegesellschaften immer noch vorherrschende Form der Familie ist die der Kernfamilie (Kleinfamilie, Basisfamilie, Nuklearfamilie), die aus einem Elternpaar und dessen unverheirateten unmündigen Kindern besteht. Die durch ein Rechtsverhältnis gebundene Partnerschaft der Eltern und die Ehelichkeit der Kinder herrschen bei uns als (bürgerlicher) Familientyp vor. Umfaßt die Familie mehr als zwei Generationen, spricht man von Mehrgenerationenfamilien. Wie wir noch sehen werden, sind damit die Formen der Lebensgemeinschaften noch nicht erschöpft. Gerade die heutige Zeit kennt eine zunehmende Ausdifferenzierung. Bevor auf die Entwicklungstendenzen in unserer heutigen Industriegesellschaft eingegangen wird, muß kurz auf einige vorgebliche bzw. tatsächliche historische Trends eingegangen werden. Immer wieder hat man die Familie als ein auslaufendes Modell bezeichnet und ihren

Untergang prognostiziert. Aber alle Attacken bzw. alle Verbesserungsversuche (z. B. im nachrevolutionären Rußland, in Israel in den Kibbuzim) hat diese Institution unbeschadet überstanden. Auch derzeit wird eine Krise von Ehe und Familie diagnostiziert. Zwar ist ein Rückgang des klassischen Familientyps zu erkennen und wird eine Schwächung der Ehe (bei steigenden Scheidungszahlen im Westen, Sommer und Paul 1993) beklagt. Doch muß man sich vor Augen halten, daß Ehe und Familie gerade in der Nachkriegszeit eine vorher nie dagewesene Hausse erlebten. Rückgang würde jetzt eher als Normalisierung gedeutet werden können. Während früher, wie wir gesehen haben, Repression und Armut einer Familienbildung entgegenstanden (Pkt. 3.2.2.1), sind jetzt eher Liberalisierung, bessere Bildung und Wohlstand die Ursachen für die Erosion der lange Jahrzehnte üblichen Lebensformen. Aber auch die nichtehelichen Lebensgemeinschaften (NEL, Zusammenleben zweier Personen als Mann und Frau mit oder ohne Kinder in einem gemeinsamen Haushalt ohne Trauschein; Hradil 1992: 67) fallen numerisch noch nicht ins Gewicht. 90% aller Geburten sind auch heute (1988 für Westdeutschland) ehelich (Gabriel 1992: Tab. 5), und die nichteheliche Lebensgemeinschaft ist eine Vereinigung auf Zeit bzw. auf Probe, die auf die Ehe zuführt, sozusagen ein funktionales Äquivalent zur Verlobung - man kann sie als neue Lebensphase betrachten. Die Familie ist alles andere als ein auslaufendes Modell.

Ob es einen historischen Trend zur Kernfamilie gibt (Kontraktionsgesetz), ist umstritten. Dieses "Gesetz" behauptet einen historischen Prozeß der Verkleinerung der Verwandtschaft, der Großfamilie (auch der Mehrgenerationenhaushalte), auf die heute dominierende Kernfamilie. Durkheim und Parsons waren Fürsprecher dieser These (cf. hierzu König 1976: 62ff; Hill und Kopp 1995: 35). Heute wird eine sehr modifizierte Form dieser These vertreten, die davon ausgeht, daß immer verschiedene Familienformen parallel existiert haben, aber schichtspezifisch vorherrschten. Die Großfamilie war eher typisch für die oberen Schichten. Sie war insofern dieser Schicht funktional, als sie die Sicherung des Familienvermögens erleichterte. Mit der zunehmenden Ausdehnung des Rechtssystems und der Zentralisierung von Macht, die es ermöglichte, das Recht auch durchzusetzen, entfiel die funktionale Voraussetzung. Eine Verkleinerung des

Familienverbandes konnte auch bei den herrschenden Schichten festgestellt werden. Diese sind es aber hinwiederum, von denen wir am ehesten historische Kunde haben. Die Akten- bzw. Datenlage sieht demgegenüber für die besitzlosen Schichten, man denke nur an das Landproletariat, wesentlich schlechter aus. Hier gab es nichts zu verteilen und ergo auch nichts aufzuzeichnen. Die Kunde, die auf uns gekommen ist, ist also hoch selektiv. Wahrscheinlich ist, daß die besitzlosen Schichten das geblieben sind, was sie schon immer waren, nämlich Kernfamilien. Das Kontraktionsgesetz gibt also nur einen Teil der Entwicklung wieder, nämlich die der Herrscherfamilien bzw. der bürgerlichen Familien.

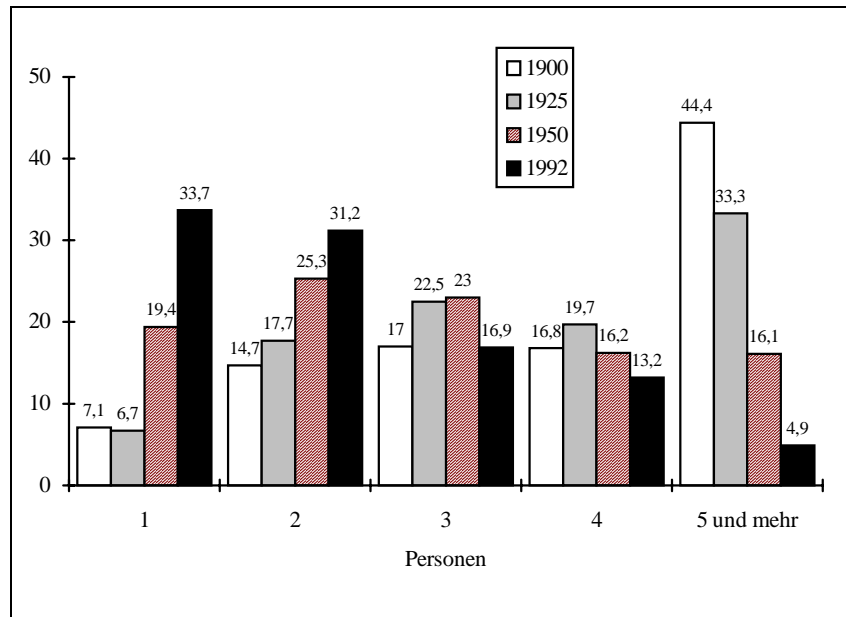
Die Großfamilie, die von manchem Sozialromantiker ersehnt wird und die sich von den vorherrschenden Formen der Industriegesellschaft so positiv abzuheben scheint, gab es auch in den vergangenen Zeiten kaum und wenn, dann in beschränktem Maße eben für die Oberschichten. Und ein Sinnbild der Wärme und Solidarität dürfte sie auch nicht gewesen sein, wenn es vorwiegend lediglich um Besitz und Macht ging. Anders sieht es mit dem "Funktionsverlust" der Familie aus, der sich bis in die heutige Zeit fortsetzt. Aber auch hier werden häufig mit dem Begriff nicht gerechtfertigte Assoziationen geweckt, denn der "Verlust" ist nicht unbedingt negativ zu bewerten.

Während in der ur- und frühgeschichtlichen Zeit die Funktionen, die für ein Überdauern in der Zeit erfüllt sein mußten, vorwiegend - hier wohl noch am ehesten zutreffend - von der "Groß"-Familie selbst erbracht werden mußten, gliederten sich im Lauf der Zeit immer mehr Funktionen aus. Für uns heute noch gut nachvollziehbar ist die (weitere) Ausgliederung der Produktionsfunktion. Auch für die eher ökonomisch entlasteten Schichten (Handwerker, Bauern, Händler) trennten sich mehr und mehr Familienleben und Arbeitsraum. Weitere Ausgliederungen folgten, wie z. B. teilweise die Erziehungsfunktion (Ausdifferenzierung eines Bildungssystems). Typische Haushaltsleistungen wurden zunehmend von der Industrie übernommen (z. B. Erstellung von Kleidung, Nahrungsmitteln). Vor allem aber bildeten sich für traditionelle Leistungen der Familie neue Institutionen aus (Sozialversicherung, Krankenhäuser, Rentenversicherung). Manche Autoren sprechen in diesem Zusammenhang von einem Funktionsverlust oder gar von einem

Autonomieverlust der Familie. Man kann darin aber auch einen Autonomiegewinn sehen, z. B. der älteren Generation, die von der Gnade der nachrückenden Generation nicht mehr abhängig ist. Andererseits bekommt die Familie selbst einen anderen - nicht notwendig nachteiligen - Charakter. Die Familie entwickelt sich zu einem privaten Lebensraum, in dem Liebes- und Gemütsbindungen und deren Regulierung in den Vordergrund rücken. Die verbleibende Sozialisationsfunktion kann intensiviert und verbessert werden. Neue Lebensphasen bilden sich aus. So kennt man das "Baby" erst seit dem 19. Jahrhundert. Neben den Funktionsverlust tritt also auch ein "Funktionswandel" der Familie, der bisher offenbar geeignet war, die Institution Familie eher zu stärken als zu schwächen (König 1976).

Die Familie hat in der Tat in diesem Jahrhundert eine erstaunliche Karriere gemacht, wenn sie sich auch stark verändert hat. So lag im Jahre 1880 der Anteil der Ledigen bei 60%, während er 1988 noch 38% betrug. Dabei muß man freilich in Rechnung stellen, daß wir zum Ausgang des letzten Jahrhunderts einen ausgeprägten pyramidenförmigen Bevölkerungsaufbau mit einem entsprechend hohen Anteil von Kindern und Jugendlichen hatten, die das Heiratsalter noch nicht erreicht hatten. Gleichzeitig veränderte sich die Haushaltsgröße (und damit auch die Familiengröße) grundlegend. Zu Beginn des Jahrhunderts war der Haushalt mit fünf und mehr Personen vorherrschend (44% aller Haushalte im Jahre 1900). Im Jahre 1992 war dieser Haushaltstypus noch mit 4,9% vertreten (Abb. 3.2.3: 1). Die durchschnittliche Kinderzahl sank von 4 im Jahre 1910 (Höhn/Schulz 1992: 108f) bis heute rapide. Inzwischen (Erhebungszeitpunkt 1990) liegt die durchschnittliche Kinderzahl, die 1000 Frauen im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen, bei 1517 in Ostdeutschland und 1449 in Westdeutschland (Sommer 1993: 649).

Abbildung 3.2.3:1 Haushaltsgrößen im deutschen Reich und im
früheren Bundesgebiet
- In Prozent der Haushalte -



Quelle: Datenreport 1994: 31.

Eine Analyse der Mikrozensusdaten von 1991 (wenn nicht anders angegeben, beziehen sich die folgenden Zahlen auf Voit 1993; die erste Ziffer vor dem Schrägstrich gibt die Zahl für Ostdeutschland - einschließlich Ostberlin - und die zweite die für Westdeutschland an) läßt eine differenzierte Analyse der Haushalts- und Familienstrukturen heute zu. So gab es 1991 in der Bundesrepublik 35,3 Mill. Privathaushalte. Bei knapp 80,2 Mill. Haushaltsmitgliedern ergibt das eine durchschnittliche Haushaltsgröße von 2,27 Personen (2,25/2,38). Den relativ größten Anteil bildeten die Einpersonenhaushalte mit 33,6% (30,5%/35,1%). Während der "Single"-Haushalt im Westen die Modalkategorie ist, ist der 2-Personen-Haushalt (30,8%) es im Osten (32,0%/30,5). Bei den 3-Personen-Haushalten mit insgesamt 17,1% (20,0%/16,4%) und bei den 4-Personen-Haushalten mit insgesamt 13,5% (16,5%/12,7%) liegen in Ostdeutschland die relativ größeren Häufigkeiten vor, bei Haushalten mit 5 und mehr Personen (insges. 5,0%) trifft dies für Westdeutschland zu (4,0%/5,3%). Betrachtet man die Zahlen insgesamt, so kann man sagen, daß in den alten Bundesländern die Entwicklung zu kleineren Haushalten weiter fortgeschritten ist.

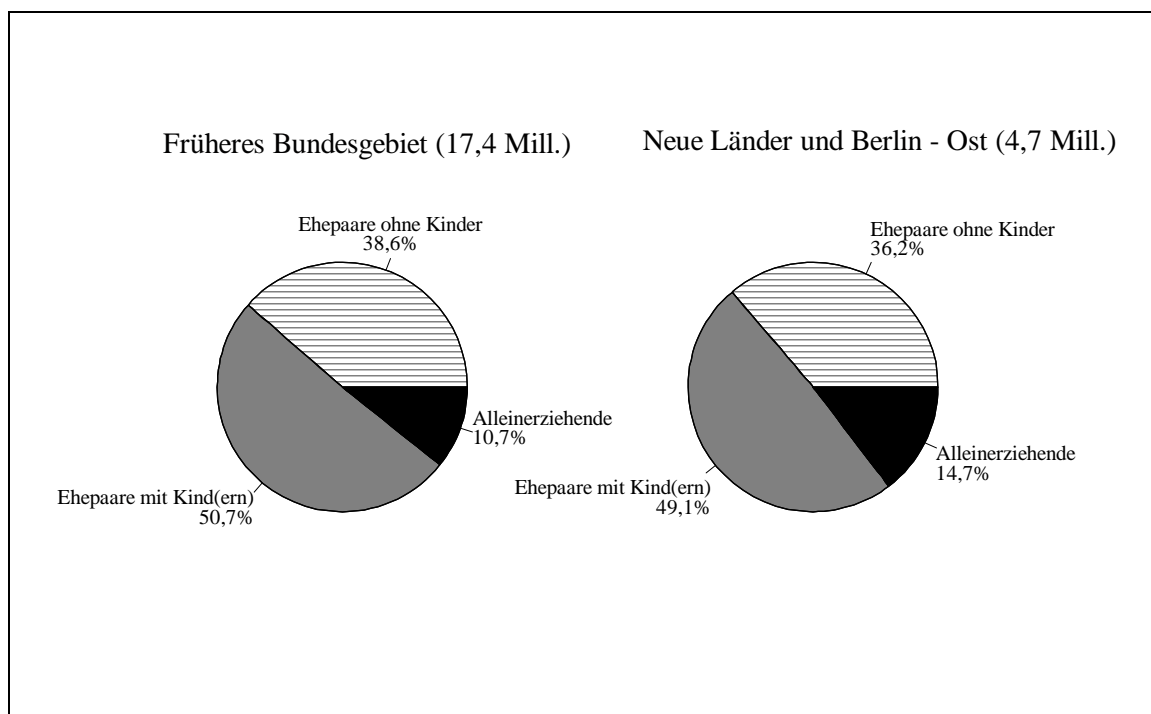
Untersucht man die Einpersonenhaushalte, die man nach Familienstand der Bewohner unterscheiden kann (ledig; verheiratet, aber getrennt lebend; verwitwet und geschieden) etwas genauer, so zeigt sich, daß hier die Modalkategorie bei den ledigen 42% (29,2%/44,4%) liegt. Nach dieser Erhebung sind verwitwet 39,6% (49,2%/37,9%), geschieden 13,8% (20,0%/12,7%) bzw. getrennt lebend, aber verh. 4,6% (1,6%/5,1%). Zwischen Ost und West gibt es hier also gravierende Unterschiede. Während im Westen die Ledigen mit 44,4% die Modalkategorie stellen, sind es im Osten die verwitweten Bürger mit 49,2%.

Betrachtet man die Alleinlebenden etwas genauer und analysiert sie nach ihrem Alter, so ergibt sich, daß 39% in den alten Bundesländern, aber lediglich 25% aus den neuen Bundesländern der Altersgruppe angehören, die 45 Jahre und jünger ist, während bei der Altersgruppe, die 65 Jahre und älter ist, die alten Bundesländer mit 39,3%% und die neuen Bundesländer mit 48,8% vertreten sind. Im früheren Bundesgebiet - so kann man begründet vermuten - tritt die typische Sozialfigur des Single stärker auf als im Osten. Das wird ganz reale Hintergründe haben, die nicht nur in einem unterschiedlichen Wert- und Normensystem zu suchen sind, sondern auch mit so handfesten Dingen zusammenhängen wie Zugang zu Transferzahlungen und Wohnungen. Insgesamt wäre dieser typische Single-Haushalt immerhin mit 12% (6,9%/13,4%) unter den Haushalten insgesamt vertreten.

Wenn auch der Ein-Personen-Haushalt mit 33,6% die Modalkategorie in der Bundesrepublik ausmacht, so lebten 1991 im früheren Bundesgebiet doch nur 15,6% der Bevölkerung allein in einem Haushalt, während es in den neuen Bundesländern und Ostberlin sogar nur 11,6% waren. Die "wahren" Singles mit ihren 12% insgesamt schlagen da nur mit 5,4% (2,80%/6,12%) zu Buche. Der weitaus größte Anteil der Bevölkerung gehört immer noch einer Personengemeinschaft an, in der Eltern und Kinder zusammenwohnen (62,0%/57,3%). Der Anteil der Bürger, der in einem durch Verwandtschaft gekennzeichneten Haushalt lebt (Familiengemeinschaft), ist noch höher (85,0%/80,4%). Ist der Anteil der "wahren" Singles in Westdeutschland höher als in Ostdeutschland, so übersteigt der Anteil der nichtehelichen Lebensgemeinschaften in den neuen Bundesländern mit 6,8% den der alten

Bundesländer (5,7%, jeweils der Mehrpersonenhaushalte). Betrachtet man sich die Familienstruktur in den beiden Teilen Deutschlands, so gibt es keine dramatischen Differenzen (Abb. 3.2.3: 2, Voit 1993: 195). Deutlich höher ist jedoch der Anteil der Alleinerziehenden in Ostdeutschland, was seine Ursache auch in den staatlichen Angeboten außerfamiliärer Kinderbetreuung (Kinderkrippen, Kindergärten, Kinderhorte) haben dürfte, womit die aus Beruf und Familie resultierenden Anforderungen tragbarer wurden. Der Anteil der alleinerziehenden Männer ist im Westen höher als im Osten (13%/16%).

Abbildung 3.2.3: 2 Familien im April 1991 nach dem Familientyp¹
- Ergebnisse des Mikrozensus -



1) Kernfamilie im Sinne der Definition der Vereinten Nationen.

Quelle: Voit 1993: 195.

Fazit: Es gibt eine weitgehende Übereinstimmung in der Grundstruktur des familialen Zusammenlebens, aber deutliche Unterschiede in den Haushaltsstrukturen, die ihre Ursache in der höheren Erwerbsbeteiligung der Frauen und der spezifischen Familienpolitik der DDR hatten (Voit 1993: 199; vgl. auch Datenreport 1992: 444).

3.2.4 Bildung und Ausbildung

Es zählt zu den Errungenschaften moderner Gesellschaften, daß der Status nicht mehr nur über die Eltern erworben wird. Nicht mehr weitgehend askriptive Merkmale spielen bei der Besetzung von Positionen eine Rolle, sondern vorwiegend erworbene. Nicht mehr über die Geburt wird entschieden, welcher Lebensweg vorgezeichnet ist, sondern in erster Linie sind Ausbildung und Leistung maßgebend. Einschränkungen sind freilich immer noch zu machen. Der Alltag und eine Vielzahl von Untersuchungen belegen, daß die Lebenschancen, die mit der Besetzung von Positionen verbunden sind, mit bestimmten "Geburtsfehlern" variieren. Das Geschlecht ist hier nur ein Beispiel. Die Unterschiede zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen in der Bildungsbeteiligung und in den erworbenen Bildungsabschlüssen ist zwar trotz manch gegenteiliger Behauptung deutlicher kleiner geworden (Müller und Haun 1994; vgl. dagegen Geißler 1994, 1995), dennoch reproduziert sich der Schichtaufbau in einem starken Maße immer wieder neu. Institutionelle Randbedingungen müssen hierfür in starkem Maße verantwortlich gemacht werden.

Wenn es um die Erklärung von Statuszuweisungsprozessen geht, dann kommt der Schulbildung eine entscheidende Bedeutung zu. Schule ist insofern eine Institution, die Lebenschancen verteilt (Schelsky 1965: 137ff). Schon aus diesem Grunde gebührt der Analyse des Bildungssystems besondere Aufmerksamkeit, die in der Nachkriegszeit bestimmte Konjunkturen erfahren hat, die sich durch die Begriffe "Bildungsnotstand", "Bildungskatastrophe" und "Bildung ist Bürgerrecht" kennzeichnen lassen.

Eine intensive Diskussion um das Bildungssystem leitete Georg Picht im Februar 1964 mit einer Artikelserie "Die deutsche Bildungskatastrophe" in der Zeitung "Christ und Welt" ein. Bildung als Investitionswert, das ist die Überschrift, unter der eine intensive Diskussion geführt wurde: "Bildungsnotstand heißt wirtschaftlicher Notstand" (Picht 1964: 17) Im internationalen Vergleich gebe Deutschland zu wenig für die Bildung aus, bilde zu wenig Nachwuchs in weiterführenden Schulen aus und führe einen zu geringen Anteil zu einem akademischen Abschluß. "Der bisherige

wirtschaftliche Aufschwung wird ein rasches Ende nehmen, wenn uns die qualifizierten Nachwuchskräfte fehlen, ohne die im technischen Zeitalter kein Produktionssystem etwas leisten kann" (Picht 1964: 17). Begabungsreserven galt es zu erschließen.

Betrachtete Picht Bildung als Humankapital, das dann in der Folge bei den Bildungsökonomien und Wachstumstheoretikern in einer Zeit der Planungseuphorie in den Produktionsfunktionen wachsende Bedeutung bekommen sollte, so ging es Dahrendorf in einer Artikelserie, die noch im gleichen Jahr in der Zeit erschien, um etwas ganz anderes, nämlich darum, daß "eine freie Gesellschaft mündige Bürger braucht und daß diese nur gedeihen können, wenn das 'Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit' seine soziale Begründung erfährt" (Dahrendorf, Die Zeit v. 26. Juni 1964: 10; vgl. auch Dahrendorf 1965). Also Emanzipation durch Bildung, doch die Bildungschancen waren durch Soziallagen eingeschränkt (Peisert 1967). Landbewohner, Mädchen, Katholiken und Arbeiterkinder waren besonders benachteiligt. So betrug der Anteil der Arbeiter in der Bevölkerung etwa 48%, von den Studierenden stellten sie jedoch lediglich 5%.

Das Land geriet in einen Bildungsrausch. Selbst Studenten versuchten, dem Bildungsrückstand auf eigene Faust abzuhelpfen, indem sie bis unter den Feldberg zogen und in der Dorfkneipe die Bildungsreserven zu aktivieren suchten (Bender, Die Zeit v. 25. März 1966: 17).

Das, was sich anschließend im Bildungswesen tat und unter der Überschrift „Bildungsexpansion“ geführt wird, ist in der Tat beeindruckend und hat die Sozialstruktur grundlegend verändert (Tab. 3.2.4: 1). Die Anzahl der Lehrer hat sich in zwanzig Jahren mehr als verdoppelt, und die Zahl der Studienanfänger ist fast auf das zweieinhalbfache gestiegen. Zahlreiche Hochschulen und Universitäten wurden neu gegründet, und das Bildungsbudget hat sich in diesem Zeitraum versiebenfacht.

Tabelle 3.2.4: 1 Bildungsexpansion - Früheres Bundesgebiet -

	1960	1970	1980	1990
Bildungsbudget (Mill. DM)	11354	27759	77127	10279
Lehrer (in 1000)	263,5	389,2	557,3	541,7
Schulabgänger in %				
-Abgänger mit Beendigung d. Vollzeitschulpflicht¹	70,6	60,3	46,8	40,6
-mit Hauptschulabschluß	53,4	43,0	36,6	33,3
-mit Realschulabschluß²	15,1	24,9	39,2	44,0
-mit Hochschulreife³	6,1	11,3	21,7	33,5
Studienanfänger (in 1000)	79,4	125,7	195,0	278,2
Anteil der weiblichen Studenten (%)	23,9	25,6	36,7	38,3

1) In Prozent des Durchschnittsjahrgangs der 15- bis unter 17-jährigen Bevölkerung.

2) In Prozent des Durchschnittsjahrgangs der 16- bis unter 18-jährigen Bevölkerung.

3) In Prozent des Durchschnittsjahrgangs der 18- bis unter 21-jährigen Bevölkerung.

Quelle : Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. Grund- und Strukturdaten. 1993/94. Bonn 1993: 14,16,72,73,128,133.

Von einem Bildungsnotstand oder gar von einer Bildungskatastrophe redet heute niemand mehr. Während aber beträchtliche Reserven aktiviert werden konnten, konnten die spezifischen Benachteiligungen jedoch nur zum Teil aufgehoben werden. Doch auch hier wurde manches erreicht; so konnten die regionalen Benachteiligungen reduziert und die geschlechtsspezifischen Benachteiligungen in der allgemeinen Schulausbildung beseitigt werden. Hier haben die Frauen heute gleichgezogen. Diese Erfolge stehen im Hochschulbereich jedoch noch aus. Nur in einem geringen Maß konnte der Anteil der Arbeiterkinder unter den Akademikern erhöht werden. Er lag am Ausgang der achtziger Jahre bei 15%. Erstaunlicherweise lag dieser Anteil damit jedoch noch deutlich über dem, der für die Endzeit der DDR nur geschätzt werden kann, und der bei etwa 7% bis 10% vermutet wird (vgl. hierzu Geißler 1992b: 7, Geißler 1992a, Bathke 1990). In der DDR war zwar Anfang der 50er Jahre die Reproduktion der Schichtung durch den Einsatz drastischer Maßnahmen aufgehoben worden, nach der Zirkulation der Eliten setzte zu Gunsten der sozialistischen Intelligenz jedoch wieder eine soziale Schließung ein.

Alles in allem muß man jedoch zu dem Ergebnis kommen, daß Picht und Dahrendorf in einem hohen Maße wirksam waren. Die Konsequenzen sind

nicht zu übersehen, wenn sie auch nicht immer (und vor allem nicht bei jedem) positiv zu Buche schlagen. Die Probleme können nur kurz angedeutet werden. Wollte man z. B. die Volksschule stärken und vor allem auch durch das neunte Schuljahr verbessern und so dieser Schulform (nicht nur durch eine andere Namensgebung) den Armeleutegeruch nehmen, so schlug dieses Vorhaben gründlich fehl. Die Hauptschule entwickelte sich vielmehr zur Restschule der Nation. Viele Ausbildungsgänge standen mehr und mehr nur noch Jugendlichen mit Schulabschlüssen offen, die über dem des Hauptschulabschlusses lagen. Es fand ein Verdrängungswettbewerb statt, der den Hauptschülern in vielen Bereichen (z. B. bei den Banken) das Nachsehen gab. Ferner fand eine Neubewertung praktischer Tätigkeiten statt. Zwar stieg die numerische Zahl der Auszubildenden aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge bis Mitte der achtziger Jahre an, doch verlagerte sich das Interesse zugunsten einer Hochschulausbildung. Seit etwa Mitte der achtziger bis zur Mitte der neunziger Jahre übertraf in Westdeutschland das Lehrstellenangebot das der Nachfrage. Manche Blütenräume reiften nicht. Die Gesamtschule blieb umstritten und konnte sich nur in einigen Bundesländern durchsetzen, und die Maximierung der Bildungschancen, die "Horizontalisierung", die "Fachleistungsdifferenzierungsmöglichkeit" etc. gebaren mächtige unübersichtliche Mammutschulen, die ihre eigenen Probleme mit sich brachten. Schließlich konnten trotz Ausbaus des Hochschulsystems die Universitäten der gewaltigen Expansion der Studentenzahlen nicht angemessen Herr werden. Die Einführung des numerus clausus für manche Studienfächer zeitigte zudem unangenehme Rückwirkungen auf das Klima in den Schulen. Die größten Probleme dürften jedoch daraus erwachsen, daß ein immer größerer Prozentsatz der Jugendlichen eine immer größere Zeitspanne im Ausbildungssystem verbleibt. Verschärft durch die Arbeitsplatzprobleme, dehnt sich für einen nicht unbeträchtlichen Prozentsatz der "Heranwachsenden" die Jugendphase bis in das vierte Lebensjahrzehnt. War in den fünfziger Jahren die Kohorte der 15jährigen zu über achtzig Prozent im Berufsprozeß, das heißt in altersheterogenen Arbeitsgruppen und konnte sich von "einem über dreißig" etwas vormachen lassen, machen heute viele in diesem Alter erst ihre ersten Gehversuche in der Arbeitsgesellschaft, die nun einmal ein spezifisches Wert- und Normensystem kennt. Verständlich, daß die Integrationsprobleme Jugendlicher dadurch nicht geringer werden.

3.2.5 Erwerbstätigkeit

Die Erwerbstätigkeit ist nicht nur für den Erwerb der materiellen Lebensgrundlagen von Bedeutung. Über die Erwerbstätigkeit selbst, vor allem aber über die Art der Erwerbstätigkeit, über den Beruf, bezieht ein Individuum in unserer Gesellschaft sein soziales Ansehen und sein Selbstverständnis. Die Erwerbstätigkeit spielt also für die wirtschaftliche, die soziale und die psychische Existenz des Menschen eine bedeutsame Rolle. Über die Erwerbstätigkeit ist der Mensch zudem in einer umfassenderen Weise, als es sonst in seinen Rollenbezügen möglich ist, mit der Sozialstruktur verknüpft (vgl. zum Begriff der Sozialstruktur Gliederungspunkt 1.). Ja, er wird erst durch die berufliche Tätigkeit mit dem Wert- und Normensystem der Industriegesellschaft vertraut, das heißt, voll in diese Gesellschaft integriert. Damit bekommt aber die Erwerbstätigkeit nicht nur für das Individuum, sondern auch für die Gesellschaft eine besondere Bedeutung.

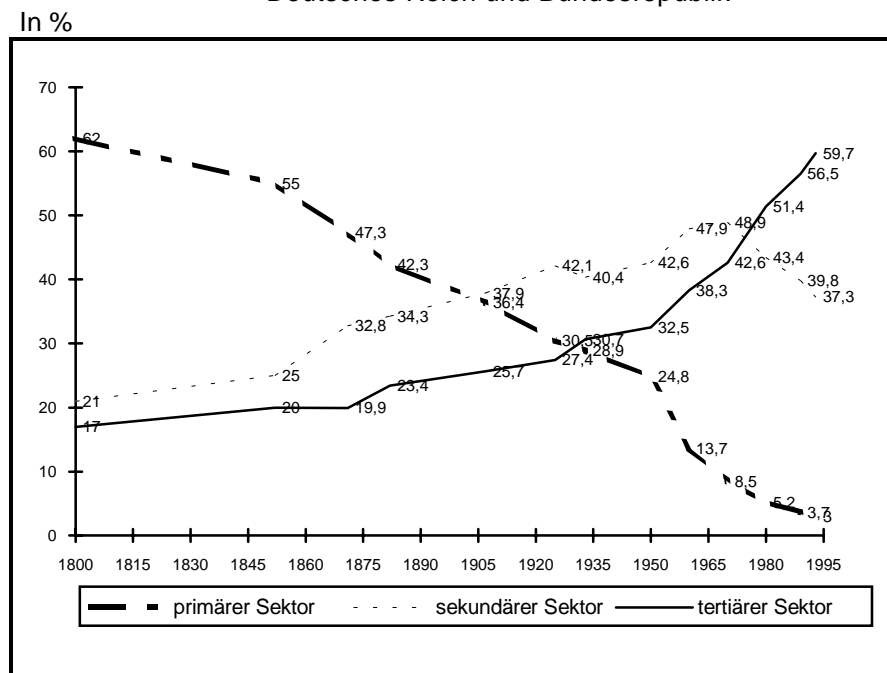
Damit wird schon deutlich, welche Konsequenz die Arbeitslosigkeit nicht nur für das Individuum, sondern auch für die Gesellschaft hat. Desintegrationstendenzen und Anomie drohen als Gefahr bei massenhafter Arbeitslosigkeit, Identitätsverlust droht dem Individuum. Und welche Bedeutung die zeitliche Verschiebung des Eintritts der Jugendlichen in die Erwerbsgesellschaft für die Integration der Jugend hat, wurde schon betont (vgl. 3.2.4).

Zur Vermeidung von Mißverständnissen sei die Bedeutung der einzelnen Begriffe festgelegt. *Erwerbstätige* sind Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen, unabhängig davon, ob sie abhängig beschäftigt, selbständig oder freiberuflich tätig sind. Auch die mithelfenden Familienangehörigen zählen dazu. Es spielt keine Rolle, ob sie einer haupt- oder einer nebenberuflichen Tätigkeit nachgehen. *Erwerbslose* sind alle Nichtbeschäftigten, die sich um eine Tätigkeit bemühen, und zwar unabhängig davon, ob sie beim Arbeitsamt gemeldet (= Arbeitslose) sind. Erwerbstätige und Erwerbslose ergeben zusammen die *Erwerbspersonen*. Unter der *Erwerbsbevölkerung* wollen wir alle Bewohner eines Gebietes im Alter zwischen 15 und 65 Jahren verstehen. Betrachtet man

die Erwerbstätigkeit in längerer zeitlicher Perspektive, dann lassen sich einige gravierende Veränderungen ausmachen:

(1) Traditionell teilt man den Bereich der Güterproduktion in drei Sektoren ein. Der primäre Sektor umfaßt vor allem die Landwirtschaft, der sekundäre die gewerbliche Produktion (Gewerbe, Industrie, Handwerk) und der tertiäre Sektor umfaßt die Dienstleistungen (Handel, Verwaltung, Banken, Gesundheitswesen, Freie Berufe). Verfolgt man die Verteilung der Wertschöpfung, aber auch die der Erwerbstätigen (Abb. 3.2.5: 1) auf die drei Sektoren, so ergibt sich im Zeitablauf eine unterschiedliche Dominanz der Produktionssektoren. Noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts waren etwa 60% der Erwerbstätigen im primären Sektor tätig.

Abbildung 3.2.5: 1 Erwerbstätige nach Produktionssektoren 1800 bis 1993
- Deutsches Reich und Bundesrepublik -



Quelle: Statistisches Jahrbuch für das deutsche Reich 1880: 15; 1934: 16.
Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1960: 142; 1994: 112f.
Datenreport 1994: 83; bis zum Berichtsjahr 1860 Geißler 1992b: 21.

Im Verlaufe der Industrialisierung fiel dieser Anteil kontinuierlich, bis er etwa zu Beginn des letzten Viertels des Jahrhunderts von dem Anteil der im produzierenden Sektor Tätigen übertroffen wurde, der etwa in den siebziger Jahren knapp 50% der Erwerbstätigen umfaßte, um dann bis zum Beginn der

neunziger Jahre auf unter vierzig Prozent abzufallen. Der Anteil der im tertiären Sektor Tätigen steigt im Beobachtungszeitraum bis heute kontinuierlich an. Der tertiäre Sektor ist heute sowohl nach der Wertschöpfung als auch nach der Zahl der Erwerbstätigen der dominante Faktor. Dieser Wandel ist vor allem auf einen sektorenspezifischen technischen Fortschritt (Fourastié 1954, zuerst 1949), auf wachsenden Wohlstand und die damit einhergehenden Änderung der Nachfrage nach Gütern zurückzuführen.

(2) In diesem Zeitraum veränderte sich auch die Stellung des Erwerbstätigen im Beruf. Unterscheidet man nur danach, ob jemand eine selbständige (Unternehmer, Händler, Bauern, mithelfende Familienangehörige) oder eine abhängige Stellung im Beruf einnimmt, so kann man durchaus die von Marx prognostizierte Veränderung beobachten. Der Anteil der Selbständigen wird immer geringer, der der abhängig Beschäftigten wird immer größer. Während der Anteil der Selbständigen (einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen) von etwa 1880 bis in die dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts nur langsam sinkt (von etwa 35% bis auf etwa 33%), schrumpft er in der Nachkriegszeit rapide (Tab. 3.2.5: 1). Beträgt der Anteil der Selbständigen 1950 noch etwa 31%, so sind es 1993 nur noch etwa 11% (Datenreport 1994: 86).

Tabelle 3.2.5:1 Erwerbstätige nach ihrer Stellung im Beruf 1882 bis 1993
- Bundesrepublik Deutschland -

In %

Jahr	Selbständige und mithelfende Familienangeh.	Beamte	Angestellte	Arbeiter
1882 ^a	35,3	2,6	4,7	57,4
1895 ^a	32,3	2,2	8,6	56,9
1907 ^a	33,8	2,0	10,7	53,0
1925 ^a	32,9	4,7	12,4	50,1
1933 ^a	35,9	4,5	12,1	47,4
1939	33,3	5,1	13,2	48,3
1950	29,2	4,0	16,0	50,9
1961	22,0	5,8	24,2	48,0
1965	20,0	5,0	26,3	48,6
1970	16,0	7,3	31,1	45,6
1975	13,9	8,4	33,6	44,8
1980	11,7	8,7	37,6	41,8
1985	11,4	9,2	38,2	39,7
1990 ^b	10,4	8,7	42,1	38,7
1991 ^b	10,8	8,2	43,8	37,2
1993 ^b	10,8	7,9	45,4	35,9

a) Deutsches Reich (ohne Saargebiet).

b) Früheres Bundesgebiet.

Quelle: Statistisches Jahrbuch für das dt. Reich 1934: 16ff.; bis zum Berichtsjahr 1933 Bolte/Hradil 1988: 101.

Wirtschaft und Statistik 1966, Heft 2: 98; 1989, Heft 8: 504.

Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1973: 136.

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hrsg.): Zahlen-Fibel 1990: 40f.

Datenreport 1994: 86, 88.

Entsprechend stark steigt der Anteil der abhängig Beschäftigten an. Aber hier ist alles andere als die von Marx prognostizierte Pauperisierung, vor allem aber nicht eine Homogenisierung der abhängig Beschäftigten auf niedrigem Niveau auszumachen, beides Voraussetzungen für eine Entwicklung der Klasse an sich in eine Klasse für sich und damit für eine Transformation der "kapitalistischen Gesellschaft". Vielmehr ist neben einem allgemeinen Anstieg von Bildung und Ausbildung (vgl. 3.2.4) eine ungemaine Differenzierung der beruflichen Tätigkeiten erkennbar. Die zahlenmäßige Bedeutung der Arbeiter tritt gegenüber den Angestellten zurück. Aber beide Kategorien sind hinsichtlich ihrer Qualifikation sehr differenziert, und nach Prestige und Einkommen sind die "Arbeiter" nicht notwendig den Angestellten unterzuordnen. Daneben tritt ein immer größerer Anteil von Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes mit ebenfalls differenzierter Qualifikations- und Einkommensstruktur. Verbreitet ist hier noch das nicht zu vernachlässigende Merkmal der Unkündbarkeit. Aber auch in der

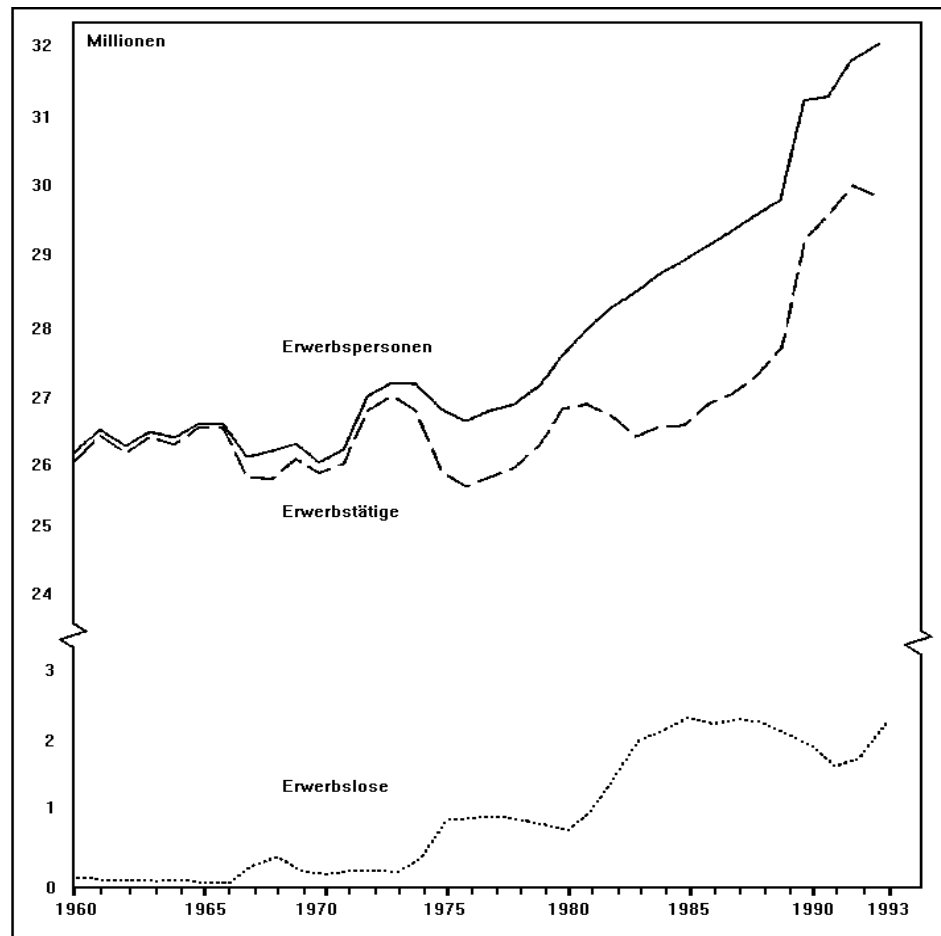
Privatwirtschaft wird es bei ausreichend langer Beschäftigung in einer Firma zunehmend schwerer, den Mitarbeitern zu kündigen (Tab. 3.2.5: 1).

Durch technischen Fortschritt, Differenzierung, Bürokratisierung und Wohlstandssteigerung, die eine verstärkte Nachfrage nach Dienstleistungen zur Folge hatten, sieht die Landschaft der Erwerbstätigen grundlegend anders aus, als man es in der Mitte des vorigen Jahrhunderts vorhersehen konnte.

(3) Die (temporär) verstärkte Nachfrage nach Arbeitskräften, aber auch das veränderte Selbstverständnis der Frau führte zu einem immer stärkeren Einstieg der Frauen in die Erwerbstätigkeit. In der EG betrug der Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen 1987 37,2% . In Dänemark war der Anteil mit 45,1% am höchsten und in Spanien mit 30,5% am niedrigsten. In der Bundesrepublik betrug er zu diesem Zeitpunkt 39,5% (Gabriel 1992: 499). In der DDR betrug dieser Anteil noch 1991 73% (Datenreport 1994: 80)!

(4) Immer wieder lassen sich in der Geschichte Phasen beträchtlicher Arbeitslosigkeit feststellen, so in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts, unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg bis weit in die fünfziger Jahre hinein (1954: 7,6%; Datenreport 1994: 89) und nun wieder seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre. Die Ursachen sind unterschiedlich. Während nach dem zweiten Weltkrieg die weitgehende Zerstörung des Produktionskapitals und die immensen Flüchtlingszahlen zu den Ursachen zu zählen sind, geht der Anstieg der Erwerbslosen der jüngeren Vergangenheit vorwiegend auf die geburtenstarken Jahrgänge zurück. Seit Beginn der siebziger Jahre mußten für die nachwachsenden starken Bevölkerungsjahrgänge vermehrt Arbeitsplätze bereitgestellt werden, was nur zum Teil gelang, wie sich deutlich aus der Abb. 3.2.5: 2 ergibt. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg von 1975 bis 1990 um etwa 4 Millionen an, die Zahl der Erwerbspersonen dagegen um über 5 Millionen. Dadurch erhöhte sich die Zahl der Erwerbslosen für das Jahr 1993 auf 2,3 Millionen.

Abbildung 3.2.5: 2 Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit seit 1960* im früheren Bundesgebiet



*) Ergebnisse des Mikrozensus; außer 1983 und 1984: Ergebnisse aus EG - Arbeitskräftestichprobe

Quelle: Datenreport 1994: 77.

Für die Bürger der neuen Bundesländer war Arbeitslosigkeit eine neue Erfahrung. Heute (März 1995) gibt es in Westdeutschland 8,8% und in Ostdeutschland 14,7% Arbeitslose. Dabei muß man sich noch vor Augen führen, daß die rund 1,1 Millionen Arbeitslosen, die augenblicklich in Ostdeutschland zu registrieren sind, die Misere nicht in voller Breite wiedergeben. Die DDR hatte vor der Wende bei rund 16,6 Millionen Einwohnern 9,8 Millionen Einwohner im Arbeitsprozeß stehen. Dies entspricht einer Erwerbsquote von 59% (Westdeutschland: 49,6%). Von diesen 9,8 Millionen waren im August 1993 nur noch etwa 6,2 Millionen erwerbstätig (IAB 1993: Übersicht 10). Davon waren aber noch etwa 500.000 über eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme beschäftigt bzw. mit Kurzarbeit belastet. Kurz,

mit der Wende haben nicht nur eine Million, sondern 3 bis 4 Millionen ihren sicheren Arbeitsplatz verloren und damit eine Identitätseinbuße erlitten.

Frauen waren und sind von der Arbeitslosigkeit besonders betroffen. Zwar wurde über Vorruhestandsregelungen und über Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen oder eben Arbeitslosengeld materielle Not weitgehend abgewendet, aber etwa jeder zweite von denen, die früher berufstätig waren, assoziiert die Wende mit Statusverlust. Auch deshalb gestaltet sich die Vereinigung im mentalen und sozialen Bereich so schwierig (Sahner 1995: 15).

Die hohe Arbeitslosigkeit geht bekanntlich auf die Einbrüche in der Landwirtschaft, vor allem aber in der Industrie zurück. Das schlimme Wort, daß die Industrie platt gemacht worden sei, trifft den Sachverhalt nicht, vielmehr geht der Einbruch auf die Produktionsbedingungen vor der Wende, vor allem auf das marode Sachkapital zurück. Er ist auch nicht ein Ausfluß der Inkompetenz der DDR-Bürger. Mit Fug und Recht läßt sich diesmal sagen, es lag am System, daß der Industriebesatz z. B. in einer klassischen Industrieregion (Halle-Leipzig) auf das Niveau von Ostfriesland sank (Maretzke 1994).

(5) In langfristiger Perspektive zeigt sich, daß die Bedeutung der Erwerbstätigkeit in fortgeschrittenen Industriegesellschaften sinkt. Sie spielt zeitlich eine immer geringere Rolle. Wie wir schon gesehen haben, sinkt die aktive Phase der Erwerbstätigkeit. Im Schnitt treten die Jugendlichen heute später in das Erwerbsleben ein, als das früher der Fall war. Von den älteren Arbeitnehmern hat manch einer in der jüngeren Vergangenheit die Chance genutzt, in den Vorruhestand zu treten. Diese Chancen werden sich allerdings reduzieren, auch das ergibt sich aus dem Bevölkerungsaufbau. Weiter hat sich die Wochenarbeitszeit drastisch reduziert. Im Jahre 1900 betrug sie im Deutschen Reich noch 60 Stunden und im Jahre 1993 in Westdeutschland noch lediglich 38 Stunden. Darüber hinaus wurde die tariflich geregelte Urlaubsdauer beträchtlich erhöht.

3.2.6 Einkommen, Wohlstandsniveau

Den Einkommensverhältnissen und deren Entwicklung werden in Sozialstrukturanalysen üblicherweise besondere Aufmerksamkeit gewidmet - und dies aus vielfältigen Gründen. In der Bedürfnishierarchie steht die Befriedigung materieller Bedürfnisse, ja die Sicherung der materiellen Voraussetzungen für das Überleben überhaupt, ganz oben an. Erst wenn die Grundbedürfnisse (Nahrung, Kleidung, Behausung, Sicherheit) befriedigt worden sind, wird die Befriedigung nachgeordneter oder erlernter Bedürfnisse (Emanzipation) akut.

Auch im Kampf der Systeme (Ost-West) spielte der Vergleich des Wohlstandsniveaus immer eine besondere Rolle. Zwar konnte man in der DDR auf eine weitergehende Realisierung eines bestimmten Gleichheitsideals verweisen, nämlich auf eine gleichmäßigere Verteilung des Einkommens, doch geschah dies im Vergleich zu Westdeutschland auf einem wesentlich tieferen Wohlstandsniveau, das nur etwa 40% des Westniveaus erreichte. Man kann nicht umhin zu formulieren, daß hier die nachdrückliche Verfolgung des Gleichheitspostulats zu jedermanns Nachteil gereichte. Postuliert man ferner, daß zu den drei Grundinstitutionen moderner Gesellschaften neben der Konkurrenzdemokratie und der Marktwirtschaft auch die Wohlstandsgesellschaft mit Massenkonsum und Wohlfahrtsstaat gehört (Zapf 1992: 186; 1994: 22), dann läßt sich auch damit ein besonderes Interesse an der Einkommenssituation und am Wohlstandsniveau erklären.

Wie jedermann am "eigenen Leib" erfahren kann, spielt das Einkommen in unserer Gesellschaft auch im Prozeß der Statuszuweisung (vgl. 3.2.7) eine besondere Rolle. Die Wertschätzung, die wir im Alltag genießen und auch anderen angedeihen lassen, ist nicht unabhängig von unserer materiellen Situation bzw. der der Interaktionspartner.

Schließlich spielt das Einkommen und die Einkommensentwicklung noch aus einem dogmengeschichtlichen Grund eine besondere Rolle. Bekanntlich kommt nach Marx der Verelendung des Proletariats in seinem historischen Entwicklungsgesetz der kapitalistischen Gesellschaft zentrale Bedeutung zu.

Die absolute Verelendung ist eine notwendige Voraussetzung dafür, daß die Arbeiterklasse sich von einer Klasse an sich in eine Klasse für sich entwickelt, um dann in einem revolutionärem Akt, indem es seiner wahren Stellung inne wird, die Macht an sich zu reißen.

Ein scharfes Beobachten von Einkommen und Wohlstand in "kapitalistischen" Gesellschaften stand deshalb bei Verfechtern wie bei Gegnern immer auf der Tagesordnung, erst recht in Zeiten sozialer Umbrüche. Die müssen nicht notwendig in wirtschaftlichen Krisen ihre Ursache haben, wie sich an den sechziger und siebziger Jahren zeigt, in denen das westdeutsche Politik- und Gesellschaftssystem, gerade in einer Zeit wirtschaftlicher Prosperität, durch die Nachwehen der Studentenbewegung, die stark marxistisch geprägt waren, herausgefordert wurde. Aus dieser Zeit liegen auch Analysen über die langfristige Entwicklung der Reallöhne vor (Skiba 1969, 1970). Demnach stieg das Nettoeinkommen (real, d.h. bereinigt mit Hilfe des Preisindex für die Lebenshaltung) aus unselbständiger Arbeit je durchschnittlich beschäftigtem Arbeitnehmer (Skiba 1969: 196) in der Zeitspanne von 1925 bis 1967 auf etwa das 2,7-fache an. Der kontinuierliche Anstieg wird nur durch die Kriegs- und unmittelbare Nachkriegszeit unterbrochen. Auch die Berechnung des Reallohnindex (Arbeiterverdienste in der Industrie) für den Zeitraum 1950 bis 1993 (Bundesrepublik Deutschland: Westdeutschland) zeigt einen fast kontinuierlichen Anstieg. Setzt man das Jahr 1981 gleich 100, so steigt der Index von 29,4 für das Jahr 1950 auf 121,7 für das Jahr 1994 an, lediglich für die Jahre 1982, 1983 und 1984 wird eine geringe Reallohneinbuße beobachtet. Es werden zum Jahr 1981 lediglich Werte von etwa 98,8% erreicht (Zahlen 1995: 49).

Aus diesen Zahlen spricht eine beträchtliche Wohlstandssteigerung, die sich gut an der Kaufkraft einer Lohnminute demonstrieren läßt. Obwohl die Waren immer wieder im Preis ansteigen, mußte der Arbeitnehmer für die Güter immer weniger Arbeitszeit aufwenden. Mußte er 1958 für ein Kilo Mischbrot, das damals 0,85 DM kostete, 22 Minuten im Durchschnitt arbeiten, so waren es im Jahre 1993 (Preis: 3,90 DM) nur noch 10 Minuten. Für ein Fernsehgerät mußte er im Jahr 1958 424 Stunden und 33 Minuten arbeiten, im Jahre 1993 waren es dagegen nur noch 66 Stunden und 7 Minuten. Dabei ist die technisch bessere

Ausstattung im Jahre 1993 noch gar nicht berücksichtigt. Im Jahre 1958 war es ein Schwarz/weiß-Gerät, im Jahre 1993 handelte es sich um ein Farbfernsehgerät mit Fernbedienung.

Wie aus Tabelle 3.2.6: 1 zu entnehmen ist, hinken die Einkommen in Ostdeutschland immer noch hinter denen von Westdeutschland hinterher. Gegenwärtig (Frühjahr 1995) haben die Tariflöhne in Ostdeutschland im Schnitt etwa ein Niveau erreicht, das 84% (FAZ v. 8.2.1995: 13) des Westens entspricht. Wie aus diesen Zahlen schon deutlich wird, muß immer wieder darauf geachtet werden, was als Bezugsgröße (verfügbares Einkommen je Einwohner, Tariflöhne) gilt. Je nach dem, was man wählt, kommt man zu anderen Relationen. Auch damit kann man manipulieren.

Generell gilt aber, darüber sind sich alle ernsthaften Beobachter einig, daß das Wohlstandsniveau in Ostdeutschland seit der Wende im Durchschnitt angestiegen ist. Zwar erhöhte sich seit 1990 der Preisindex für die Lebenshaltung seit 1990 jährlich um 9% (vor allem bei Mieten, Energie und Dienstleistungen), doch von 1990 bis 1993 stiegen mit jährlich 27% die Einkommen dreimal so stark (iwd-Mitteilung vom 12. 10. 1994).

Tabelle 3.2.6: 1 Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte und seine Verwendung

Jahr ¹	Verfügbares Einkommen ²		Privater Verbrauch		Ersparnis % vom verfügbaren Einkommen
	Mrd. DM	DM je Ein- wohner	DM je Ein- wohner	% vom verfügbaren Einkommen	
Deutschland					
1991	1844,3	23100	20100	87,2	12,8
1992	1976,5	24500	21400	87,1	12,9
1993	2031,2	25100	22100	88,2	11,8
Neue Länder und Berlin-Ost					
1991	193,8	12200	11300	92,5	7,5
1992	244,2	15500	13500	86,8	13,2
1993	261,3	16700	14800	88,7	11,3
Früheres Bundesgebiet					
1960	188,0	3400	3100	91,4	8,6
1970	428,0	7100	6100	86,2	13,8
1980	960,4	15600	13600	87,2	12,8
1990	1530,7	24200	20800	86,1	13,9
1991	1650,5	25800	22300	86,5	13,5
1992	1732,3	26700	23300	87,2	12,8
1993	1769,9	27100	23800	88,1	11,9

1) Ab 1991 vorläufiges Ergebnis.

2) Einschl. Privater Organisationen ohne Erwerbszweck. Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Quelle: Datenreport 1994: 259.

Wie ist diese allgemeine Wohlstandssteigerung aber mit der These einer neuen um sich greifenden Armut in den neuen Bundesländern vereinbar? Dieser Sachverhalt hat etwas mit der Definition von Armut zu tun und damit, daß die Einkommensungleichheit in Ostdeutschland gewachsen ist, wenn sie in diesem Punkt auch noch nicht westdeutsches Niveau erreicht hat.

In der Armutsdiskussion unterscheidet man eine physische, eine absolute und eine relative Armut. Bei der physischen Armut besteht die Gefahr des Verhungerns und Erfrierens. Absolut arm sind Personen, die über so geringe Mittel verfügen, daß sie von einer Lebensweise ausgeschlossen sind, die noch als annehmbar gilt. Von einer relativen Armut spricht man dann, wenn Personen über ein Einkommen von weniger als der Hälfte des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens verfügen. Das hat natürlich zur

Konsequenz, daß es in einer Gesellschaft A, in der alle über das gleiche knapp über dem Existenzminimum liegende Einkommen verfügen, keine (relative) Armut gibt, wohl aber in einer vergleichsweise reichen Gesellschaft B mit ungleicher Verteilung des Einkommens. Hier zählt dann selbst der zu den (relativ) Armen, der ein Vielfaches des Einkommens bezieht, über das alle in Gesellschaft A verfügen, dessen Einkommen aber weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens ausmacht, das in seiner Gesellschaft verdient wird. So kann man bei wachsendem individuellem Wohlstand, aber zunehmender Einkommensungleichheit unter die Armen fallen.

Die wachsende Einkommensungleichheit impliziert, daß manche Gruppen mehr als andere vom Einkommenszuwachs profitieren. Bisher sind ja nur hoch aggregierte Durchschnittswerte genannt worden. Die Autoren Müller u. a. (1995) haben die relativen Veränderungen anhand einer Analyse des Sozioökonomischen Panels (eine Längsschnittuntersuchung, vgl. Wagner u. a. 1994) ermittelt. Sie haben die Entwicklung der relativen Einkommenspositionen untersucht. Über Einkommensniveaus sagen sie also nichts aus. Relative Einkommenspositionen werden definiert als gruppenspezifische Durchschnittspositionen in Prozent des Gesamtdurchschnitts (Müller u. a. 1995: 75). Danach hat sich in Ostdeutschland vor allem die relative Position der über 65-jährigen Personen besonders drastisch verbessert. Das ist insofern nicht verwunderlich, als deren materielle Situation besonders schlecht war. Deren relative Stellung im Gesamtgefüge der gruppenspezifischen Einkommen entspricht nun mit einem Wert von 98,0% der der Stellung der über 65-jährigen in Westdeutschland. 1990 lag der Wert in Ostdeutschland bei 77,4%.

Mit der Verbesserung der realen (objektiven) Einkommenssituation hielt die subjektive Einkommenszufriedenheit nicht Schritt, ja sie war 1990 größer als 1993 (Müller u. a. 1995: 103). Das dürfte daran liegen, daß sich die Referenzpunkte verschoben haben. Man vergleicht die augenblickliche Situation weniger mit der, die vor der Wende gegeben war, als mit der, in der sich die westdeutschen Bürger befinden. Das Ergebnis ist das, was der Soziologe relative Deprivation nennt - man fühlt sich zu kurz gekommen. Tatsächlich wird es noch eine Zeit lang dauern, bis man das westdeutsche Wohlstandsniveau erreicht hat. Dies

ist auch dann noch nicht erreicht, wenn die Löhne angeglichen sein sollten. Mehrere Gründe sind hier anzuführen, so die höhere Arbeitslosigkeit im Osten oder auch die niedrigeren Sparguthaben. Man denke auch daran, welche Vermögenswerte (z. B. auch Immobilien) im Westen über viele Jahrzehnte angesammelt werden konnten, die nun vererbt werden.

Überhaupt variieren die materiellen Lebensbedingungen noch beträchtlich. Infrastruktur (Straßen), Wohnungs- und Umweltbedingungen (z. B. Luftverschmutzung) und eben auch die Einkommensverhältnisse sind trotz aller Verbesserungen immer noch ungünstiger. Wenn den ostdeutschen Bürgern ihre niedrigere Miete veranschlagt wird (sie geben je nach Haushaltstyp 8 bis 14% und die westdeutschen Bürger 14 bis 30% ihres Monatseinkommens für die Miete aus, Stat. Jb. 1994: 573 und 577), dann darf darüber nicht vergessen werden, daß sie sich dafür deutlich weniger Komfort einhandeln. Während im Westen pro Kopf 37qm Wohnraum zur Verfügung stehen, sind es im Osten lediglich 27qm - und dies bei schlechterer Ausstattung (Gerlach u. a. 1991, Mnich 1993, Sahner 1994). Vieles, was der westdeutsche Bürger als kulturelle Selbstverständlichkeit ansieht, fehlt noch oder ist defizitär (Sauberkeit, besonders der Städte; Telefonversorgung etc.).

Es wird das nächste Jahrtausend einkehren, bis man von einer Einheitlichkeit der materiellen Lebensverhältnisse wird annähernd sprechen können.

3.2.7 Soziale Schichtung, Lebenslagen, Lebensstile

Soziale Schichtung, soziale Ungleichheit - darum ranken sich eine Vielzahl von Fragen und Problemen. Worin besteht die relevante Ungleichheit? Was sind die Ursachen? Welche Konsequenz für Individuum und Gesellschaft hat sie? Wie kann man sie messen? Welche Gestalt hat das Schichtgefüge einer Gesellschaft? Handelt sich um eine stationäre oder um eine mobile Gesellschaft?

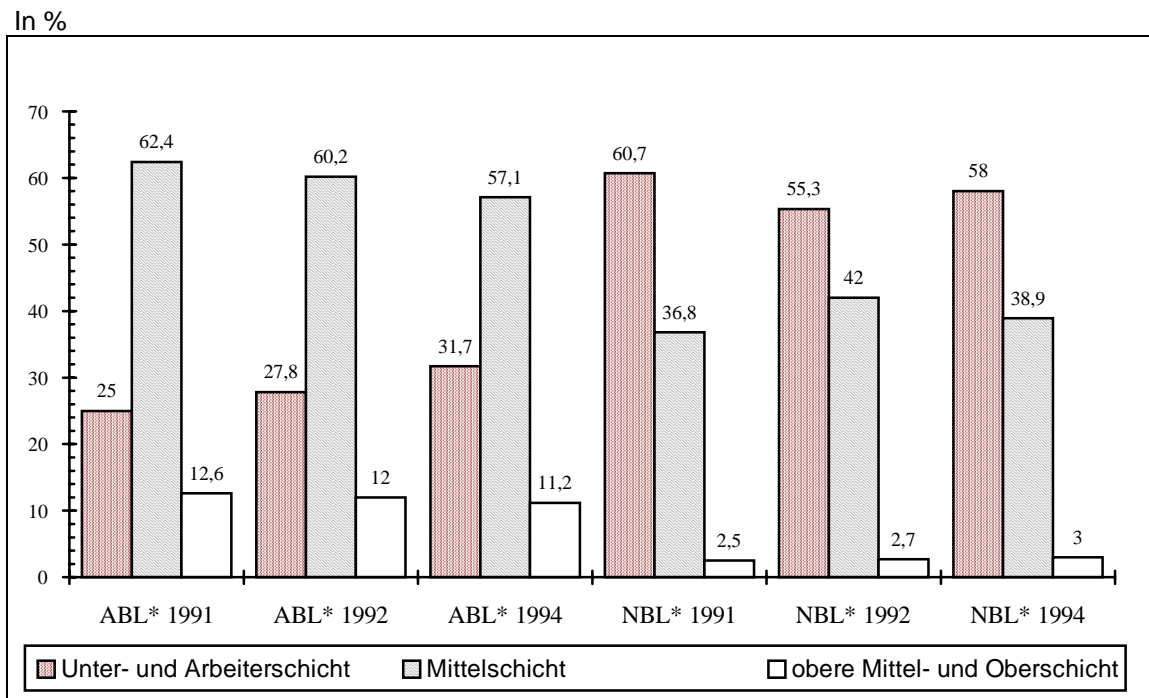
Diese Fragen können hier nicht alle und auch nicht eingehend behandelt werden, dafür ist das Feld zu weit. Wir gehen hier zunächst von dem Begriff

der sozialen Schicht aus. Mit dem aus der Geologie entlehnten Begriff der Schicht wird schon angedeutet, daß es hier um Über- und Unterlagerungsphänomene geht, um vertikale Strukturierungen, um eine ungleiche Verteilung geschätzter Güter, die traditionell aus der Stellung im Erwerbsleben resultieren, wie Beruf, Prestige, Macht, Einkommen, bzw. diese Stellung mit beeinflussen, wie z. B. Bildung.

Zur Messung der sozialen Schichtung einer Gesellschaft sind eine Fülle von Verfahren entwickelt worden, woraus schon ersichtlich wird, daß sie alle ihre Mängel haben. Man kann zwischen objektiven und subjektiven Verfahren unterscheiden. Bei den sogenannten objektiven Verfahren versucht man, die Stellung des Individuums z. B. durch Befragung auf den klassischen Dimensionen Schulbildung, Einkommen und Beruf(sprestige) zu erfassen. Will man die Stellung des Individuums in einer vertikalen Schichtdimension ermitteln, ist man genötigt, diese Dimensionen zu verknüpfen, was eine Gewichtung der Merkmalsausprägungen erforderlich macht (vgl. z. B. Scheuch 1961). Dadurch kommen bei diesem Meßverfahren auch subjektive Momente zur Anwendung.

Bei den sogenannten subjektiven Verfahren überläßt man die Schichteinstufung den Befragten selbst, sei es, daß sie sich auf einem Oben-Unten-Skalometer oder in vorgegebene Schichtkategorien (vgl. Abb. 3.2.7: 1) eintragen. Eine andere von Kleining und Moore (1968) erarbeitete Möglichkeit besteht darin, daß der Befragte die Nähe bzw. Vergleichbarkeit seines Berufes zu Berufen angibt, deren Prestige vorher über Befragungen ermittelt worden ist.

Abbildung 3.2.7: 1 Subjektive Schichteinstufung in Ost- und Westdeutschland

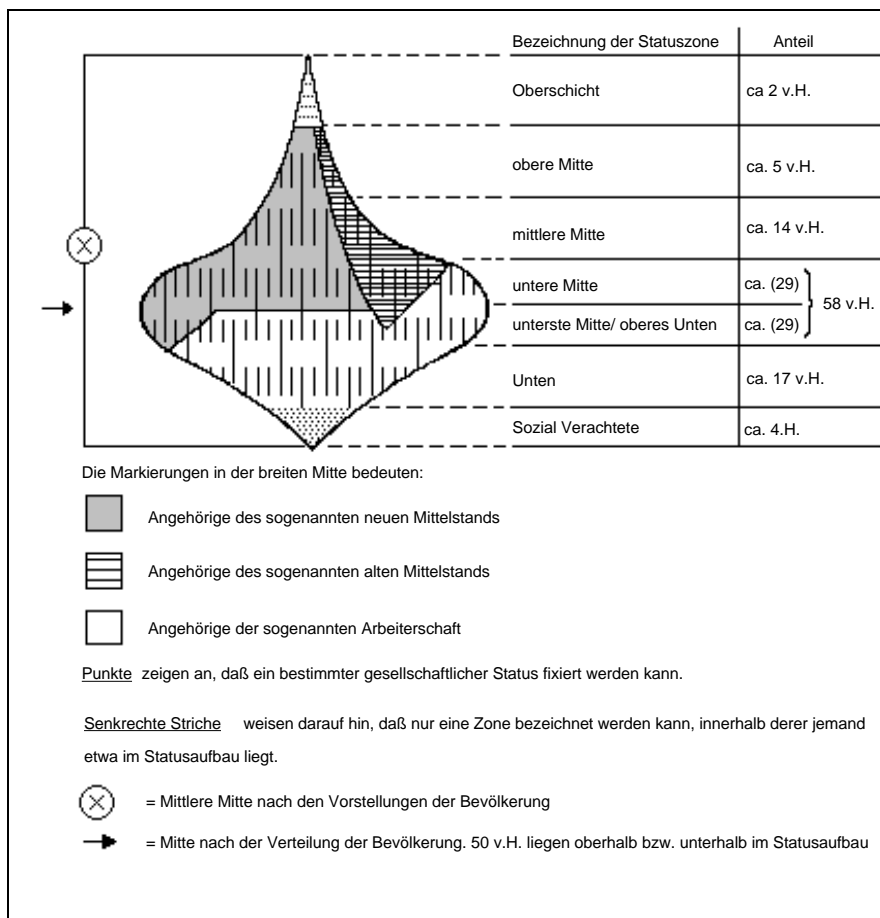


*) ABL: Alte Bundesländer; NBL: Neue Bundesländer.

Datenbasis: Allbus 1991; Allbus 1992; Allbus 1994.

Es ist kein Wunder, daß man je nach Verfahren zu einem unterschiedlichen Schichtaufbau der Gesellschaft kommt (vgl. z. B. die Darstellungen bei Bolte/Hradil 1984:217). In der Literatur findet sich nicht zuletzt deshalb häufig eine idealisierte Form des Schicht- bzw. Statusaufbaus der Bundesrepublik, über deren Zustandekommen keine genaueren Mitteilungen gemacht werden, es handelt sich mehr um eine Zusammenschau empirischer Befunde (Abb. 3.2.7: 2; Bolte u. a. 1974: 98; Bolte/Hradil 1984: 220). Figuration und Schichtgrenzen können so aber Anlaß ihrer Problematisierung sein oder aber als Folie für die Diskussion prominenter Thesen dienen, wie z. B. die Diskussion der These von der nivellierten Mittelstandsgesellschaft (Schelsky 1965: 131ff.).

Abbildung 3.2.7: 2 Statusaufbau und Schichtung der Bevölkerung der BRD



Quelle: Bolte/ Hradil 1988: 220.

Mitglieder einer sozialen Schicht, so könnte man jetzt formulieren, befinden sich in einer vergleichbaren sozialen Lage, die ähnliche Optionen und Lebenschancen bietet bzw. ähnliche Verhaltensweisen und Lebensstile (Bourdieu 1982, Müller 1992) zum Ergebnis hat. Diese Konsequenzen der Schichtzugehörigkeit variieren mit der Position innerhalb des Schichtgefüges. Soziale Schichtung bedeutet eben auch soziale Ungleichheit.

Die Frage nach der Legitimation führt auch zur Frage nach der Verursachung (vgl. z. B. Herz 1983). Hier wurden im Verlauf der Geschichte die unterschiedlichsten Antworten gegeben. Wenn man in sozialer Ungleichheit eine natürliche gottgewollte Angelegenheit sieht, besteht weder zu weiterer Erklärung noch zur Abschaffung Anlaß. Aber auch soziologische Erklärungen lassen nur selten oder kaum Hoffnung auf prinzipielle Abschaffung zu, am ehesten noch, wenn man mit Marx die Wurzel allen Übels in der privaten Verfügung über Produktionsmitteln sieht, weniger, wenn die Ursachen im

Privateigentum generell (Rousseau), bzw. in der Arbeitsteilung (Karl Bücher, Friedrich Engels, Durkheim) gesehen werden und erst recht nicht, wenn man soziale Schichtung als das Ergebnis eines Belohnungssystems sieht, das generell für komplexe Gesellschaften notwendig ist, um die wichtigen Positionen mit den kompetentesten Personen zu besetzen, wie es die Vertreter der struktur-funktionalistischen Schichtungstheorie sehen (Davis und Moore 1967). Diese Erklärung bietet freilich immer die Gefahr, konkrete Ungleichheit als funktionale Notwendigkeit für die Effektivität der Gesellschaft zu bezeichnen.

Soziale Ungleichheit beschränkt für die Zukurzgekommenen vorzugsweise die Optionen. Allerdings hat die nachdrückliche Verfolgung des Prinzips der Gleichheit leicht Unfreiheit und hohe soziale Kosten zur Folge. An den real existierenden sozialistischen Gesellschaften ließ es sich z. B. ablesen. Wie und wann läßt sich Ungleichheit aber legitimieren? Ein jüngerer und bedeutender Versuch stammt von Rawls (1979). In seinem Buch "Eine Theorie der Gerechtigkeit" formuliert er: "Alle sozialen Werte - Freiheit, Chancen, Einkommen, Vermögen und die sozialen Grundlagen der Selbstachtung - sind gleichmäßig zu verteilen, soweit nicht eine ungleiche Verteilung jedermann zum Vorteil gereicht" (Rawls 1979: 83). Das Problem bleibt. Ist die vorhandene Ungleichheit tatsächlich für alle vorteilhaft? Kein Wunder, daß soziale Ungleichheit schon immer ein prominentes Thema von Soziologen war und auch immer noch ist.

Heute ist man verbreitet der Meinung, daß neben der vertikalen Ungleichheit zunehmend andere Formen der Ungleichheit zu beobachten sind. Sogenannte neue soziale Ungleichheiten (vgl. z. B. Berger und Hradil 1990), von Bergmann u.a. schon 1968 als horizontale Disparitäten bezeichnet (Bergmann u. a. 1969), die nicht mehr mit Termini, die Über- und Unterordnungsverhältnisse kennzeichnen, sinnvoll beschrieben werden können und die auch nicht unbedingt mit den traditionellen Dimensionen Beruf, Bildung und Einkommen korrelieren, weil sie nicht notwendig über den Arbeitsmarkt vermittelt werden. Kreckel (1992: 39ff) hält hier die Zentrum-Peripherie-Metapher für angemessener.

Unter "neuen" sozialen Ungleichheiten versteht man Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, Ungleichheiten zwischen Regionen und die Disparitäten zwischen Ethnien und Gruppen (Randgruppen). Es ist augenfällig, daß es sich hier nicht um neue soziale Ungleichheiten handelt. Neu ist daran lediglich, daß man für die hier zu beobachtenden Disparitäten zunehmend ein Sensorium gewonnen hat. Hier dokumentiert sich ein Wandel von Werten und Normen. Ungleichheiten, die auf angeborene (askriptive) Merkmale zurückgehen, erscheinen immer weniger tolerabel. Neu ist allerdings auch, daß Einkommen zunehmend nicht Erwerbseinkommen darstellen, sondern aus Transferzahlungen des Staates resultieren. Immerhin stammt im Durchschnitt etwa jede vierte Mark, über die Privathaushalte verfügen, mittlerweile aus solchen Transferzahlungen, eine Tendenz, auf die Lepsius schon früh aufmerksam gemacht hat (Lepsius 1974: 275; 1979: 179f). Schließlich bekämen in fortgeschrittenen Industriegesellschaften Ungleichheiten, die Bedingungen beschreiben, unter denen man seine Lebensverhältnisse gestalten kann, immer größere Bedeutung. Gleichzeitig differenzieren sich diese Lebensverhältnisse und die Wünsche und Möglichkeiten, sie zu gestalten, immer mehr aus. Der Begriff der sozialen Lage sei hier angemessener, um die Phänomene zu beschreiben, als der der sozialen Schichtung (vgl. z. B. Hradil 1995: 161).

Mit der Vereinigung von Ost- und Westdeutschland erfährt gerade das Problem der Ungleichheit wieder besondere Aufmerksamkeit. Wie einleitend dargestellt wurde, ergibt sich das geradezu auch aus dem Grundgesetz. Und daß wir von einer dort geforderten Vergleichbarkeit der Lebensverhältnisse in Ost und West noch weit entfernt sind, das ergab sich schon aus den bisherigen Darstellungen. Die Abb. 3.2.7: 1 (ALLBUS 1994) zeigt, daß auch die subjektive Schichteinschätzung noch stark variiert. Hier dürfte sich aber nicht nur die objektive Lebenssituation widerspiegeln, sondern auch eine unterschiedliche Bewertung der Kategorien. Die Termini Arbeiter und Oberschicht haben nun einmal in Ost und West unterschiedliche Konnotationen.

4. Schlußbemerkung

Panta-rhei - alles fließt, so postulierten schon die alten Griechen. In der Nachkriegszeit haben sich gewaltige Veränderungen der Sozialstruktur vollzogen. In einer langen Friedensperiode unter guten institutionellen Randbedingungen haben sich die Optionen der Bürger vermehrt, und der Wohlstand wurde in einer bisher unbekanntem Weise gesteigert. Das Institutionengefüge hat sich auch im Wettkampf der Systeme bewährt und wird augenblicklich im Vereinigungsprozeß und in mehreren Staaten Asiens einer weiteren Bewährungsprobe unterzogen. Darüber darf nicht vergessen werden, daß die Verhältnisse nicht generalisierbar sind. Würde weltweit unter diesen Bedingungen ein vergleichbares Wohlstandsniveau produziert, wäre die Welt allein an den sich ergebenden Umweltschäden vermutlich längst zugrunde gegangen.

Anhang: Literatur zur Tabelle 3.: 1

- Anweiler, Oskar u.a. 1992: Bildungspolitik in Deutschland 1945 - 1990. Opladen.
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.) 1994: Statistisches Taschenbuch 1994. Bonn.
- Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.) 1993: Grund- und Strukturdaten 1993/94. Bonn.
- Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.): Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland Ausgabe 1990; 1994. Köln.
- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.) 1992: Zahlenfibel - Ergebnisse der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Tabellen. Nürnberg.
- Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) 1992: ifo - Spiegel der Wirtschaft. Economic Indicators Germany 1992/93. Struktur und Konjunktur in Bild und Zahl. München.
- Institut für Wirtschaftsforschung Halle 1995: Konjunkturbericht 9/95. Deutschland 1995.
- Sozialreport 1992; 1993: Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern. Berlin.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 1992; 1994. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1973; 1982; 1991; 1992; 1993; 1994; 1995 sowie schriftliche Nachrichten. Wiesbaden.
- Stoll, Regina, 1994: Ausländerbeschäftigung vor und nach der Wiedervereinigung. IAB Werkstattbericht. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, Nr. 10/17.11.1994.
- Wirtschaft und Statistik; 1994: Heft 2, Seite 129; Heft 3, Seite 165; Heft 12; Seite 979, 992; 1995: Heft 1; Seite 31; Heft 4.

Literatur

- Anweiler, Oskar u.a. 1992: Bildungspolitik in Deutschland 1945 - 1990. Opladen.
- Bathke, Gustav-Wilhelm 1990: Soziale Reproduktion und Sozialisation von Hochschulstudenten in der DDR. In: Burkhart, G. (Hrsg.), Sozialisation im Sozialismus. Pfaffenhofen, S. 114-128.
- Beer, Siegfried 1992: Analyse struktureller Umbruchsprozesse im Dienstleistungssektor in den neuen Bundesländern. Institut für Wirtschaftsforschung Halle. Forschungsreihe 2/1992.
- Bender, Ignaz 1966: Student aufs Land. Freiburger Studenten versuchen erfolgreich, dem Bildungsrückstand auf eigene Faust abzuhelpfen. DIE ZEIT v. 25. März 1966, S.17.
- Berger, Peter A./Hradil, Stefan 1990: Die Modernisierung sozialer Ungleichheit - und die neuen Konturen ihrer Erforschung. In: Dies. (Hrsg.), Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile. Göttingen, S.3-24.
- Bergmann, Joachim/Brandt, Gerhard/Körber, Klaus/Mohl, Ernst Theodor/Offe, Claus 1969: Herrschaft, Klassenverhältnis und Schichtung. In: Theodor W. Adorno (Hrsg.), Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft. Verhandlungen des 16. Deutschen Soziologentages vom 8. bis 11. April 1968 in Frankfurt/M. Stuttgart, S.67-87.
- Bethge, Heinz 1990: Zum Deutschen Einigungsprozeß in den Wissenschaften - Probleme und Möglichkeiten in den Naturwissenschaften. In: Jahrbuch 1990 der deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina (Halle/S.) Leopoldina (R3)36 (1991), S.205-216.
- Bolte, Karl Martin/Kappe, Dieter/Neidhardt, Friedhelm 1974: Soziale Ungleichheit. Opladen.
- Bolte, Karl Martin/Hradil, Stefan 1984: Soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen.
- Bolte, Karl Martin/Hradil, Stefan 1988: Soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland. 6. Aufl. Opladen.
- Bourdieu, Pierre 1982: Die feinen Unterschiede. Frankfurt.
- Bucher, Hansjörg 1995: Raumordnungsprognose 2010 - Erste Ergebnisse. BFLR-Mitteilungen. Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung. 2/April, S.1-3.
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.); 1994: Statistisches Taschenbuch 1994. Bonn.
- Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. 1993: Grund- und Strukturdaten. 1993/1994. Bonn.

- Dahrendorf, Ralf 1961: Elemente einer Theorie des sozialen Konflikts. In: Ders., Gesellschaft und Freiheit. Zur soziologischen Analyse der Gegenwart. München: 197-235.
- Dahrendorf, Ralf 1964: Arbeiterkinder an unsere Universitäten. DIE ZEIT v. 26. Juni 1964, S.10.
- Dahrendorf, Ralf 1965: Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik. (DIE ZEIT-Bücher, Nannen-Verlag).
- Datenreport 1992. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Statistisches Bundesamt (Hrsg.). In Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim. Bonn 1992.
- Datenreport 1994. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Statistisches Bundesamt (Hrsg.). In Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim. Bonn 1994.
- Davis, Kingsley/Moore, Wilbert E. 1967: Einige Prinzipien der sozialen Schichtung. In: Heinz Hartmann /Hrsg.), Moderne amerikanische Soziologie. Neuere Beiträge zur soziologischen Theorie. Stuttgart, S.347-357.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (Hrsg.) 1984: Handbuch DDR-Wirtschaft. Reinbek.
- Esser, Hartmut 1993: Soziologie. Allgemeine Grundlagen. Frankfurt/New York.
- Fourastié, Jean 1954: Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts. Köln.
- Gabriel, Oskar W. (Hrsg.) 1992: Die EG-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt. Bonn.
- Geißler, Rainer 1992a: Die ostdeutsche Sozialstruktur unter Modernisierungsdruck. Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung das Parlament, B29-30/92, S. 15-27.
- Geißler, Rainer 1992b: Die Sozialstruktur Deutschlands. Opladen.
- Geißler, Rainer 1993: Sozialer Umbruch als Modernisierung. In: Ders. (Hrsg.), Sozialer Umbruch in Ostdeutschland. Opladen, S. 63-91.
- Geißler, Rainer 1994: Soziale Schichtung und Bildungschancen. In: Ders. (Hrsg.), Soziale Schichtung und Lebenschancen in Deutschland. Stuttgart (2. Aufl.), S. 111-159.
- Geißler, Rainer 1995: Kein Abschied von Klasse und Schicht. Ideologische Gefahren der deutschen Sozialstrukturanalyse. Vortrag, der auf der Tagung der Sektion „Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse“ der Deutschen Gesellschaft für Soziologie zum Thema „Klassentheorie am Ende der Klassengesellschaft?“ am 6./7. Oktober 1995 in Hannover gehalten wurde.

- Gerlach, Helga/Malik, Reinhard/Osenberg, Hanno/Schwandt, Alfred 1991: Erste Regionalinformationen zur Wohnungsversorgung im vereinten Deutschland. Informationen zur Raumentwicklung, Heft 5/6 1991, S.253-276.
- Grundmann, Siegfried 1991: Sozialräumliche Konsequenzen des politischen Umbruchs in der DDR und der deutschen Einigung für Ostdeutschland. BISSpublic 2/1991, S.138-150.
- Herz, Thomas A. 1983: Klassen, Schichten, Mobilität. Stuttgart.
- Hill, Paul B./ Kopp, Johannes 1995: Familiensoziologie. Grundlagen und theoretische Perspektiven. Stuttgart.
- Höhn, Charlotte/Schulz, Reiner 1992: Sozialdemographische Entwicklungen und gesellschaftliche Differenzierung. In: Wolfgang Glatzer (Hrsg.), Entwicklungstendenzen in der Sozialstruktur. Soziale Indikatoren XV. Frankfurt/New York, S.106-122.
- Hradil, Stefan 1992: Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel. In: Oscar W. Gabriel (Hrsg.), Die EG-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt. Bonn, S.50-94.
- Hradil, Stefan 1995: Schicht, Schichtung und Mobilität. In: Hermann Korte und Hermann Schäfers (Hrsg.), Einführung in Hauptbegriffe der Soziologie. Opladen, S.145-164.
- Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.) 1990: Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland Ausgabe 1990. Köln.
- Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.) 1994: Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland Ausgabe 1994. Köln.
- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit - IAB- (Hrsg.); 1990: Zahlenfibel - Ergebnisse der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Tabellen. Nürnberg.
- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit - IAB- (Hrsg.) 1992: Zahlenfibel - Ergebnisse der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Tabellen. Nürnberg.
- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit - IAB- 1993: Ein Arbeitsmarkt im Umbruch. Bestandsaufnahmen und Perspektiven. Werkstattbericht Nr. 19/12.10.1993.
- Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) 1992: ifo - Spiegel der Wirtschaft. Economic Indicators Germany 1992/93. Struktur und Konjunktur in Bild und Zahl. München.
- Institut für Wirtschaftsforschung Halle 1995: Konjunkturbericht 9/95. Deutschland 1995.
- iwd-Mitteilung vom 12. 10. 1994: Neue Bundesländer. Wende zu mehr Wohlstand. Köln.

- IWH Institut für Wirtschaftsforschung Halle 1992: IWH-Frühjahrgutachten '92: Sektorale Entwicklungstrends der ostdeutschen Wirtschaft 1992/93. IWH-Kurzinformationen, Nr.2, 8.7.1992.
- iw-trends 1990: Schwerpunkt, Bestandsaufnahme DDR: Infrastruktur - Sozialsystem. Reformen und Finanzierung. Institut der Deutschen Wirtschaft, 17. Jahrgang 2/1990. Deutscher Institutsverlag.
- Kaufmann, Franz Xaver 1960: Die Überalterung. Zürich/Sankt Gallen.
- Kleining, Gerhard/Moore, Harriett 1968: Soziale Selbsteinstufung (SSE). Ein Instrument zur Messung sozialer Schichten. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 20, S.502-552.
- König, René 1976: Soziologie der Familie. In: Ders., Handbuch der empirischen Sozialforschung. Bd. 7. Stuttgart, S.1-217.
- Kreckel, Reinhard 1992: Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit. Frankfurt/New York.
- Kühl, Jürgen 1993: Arbeitslosigkeit in der wiedervereinigten Bundesrepublik Deutschland. Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung das Parlament. B 35/93, S.3-15.
- Lepsius, M. Rainer 1974: Sozialstruktur und soziale Schichtung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Richard Löwenthal und Hans-Peter Schwarz, Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland - eine Bilanz. Stuttgart, S.263-288.
- Lepsius, M. Rainer 1979: Soziale Ungleichheit und Klassenstruktur in der Bundesrepublik Deutschland. In: K. U. Wehler (Hrsg.), Klassen in der europäischen Sozialgeschichte. Göttingen, S.166-209.
- Lötsch, Manfred 1993: Sozialstruktur und Systemtransformation. In: Rainer Geißler (Hrsg.), Sozialer Umbruch in Ostdeutschland. Opladen, S. 31-39.
- Mackenroth, Gerhard 1953: Bevölkerungslehre. Theorie, Soziologie und Statistik der Bevölkerung. Berlin/Göttingen/Heidelberg.
- Mackenroth, Gerhard 1955: Bevölkerungslehre. In: Arnold Gehlen und Helmut Schelsky (Hrsg.), Soziologie. Ein Lehr- und Handbuch zur modernen Gesellschaftskunde. Düsseldorf, S.44-90.
- Maier, Harry 1991: Integrieren statt zerstören. Für eine gemeinwirtschaftliche Strategie in den neuen Bundesländern. Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung das Parlament. B 29/91, S.3-12.
- Maretzke, Steffen 1994: Deindustrialisierung ostdeutscher Regionen - eine bittere Realität! - Regionalbarometer neue Länder - BFLR-Mitteilungen. Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung. 3/Juni 1994, S.1-3.

- Mnich, Eva 1993: Bürgerumfrage in Halle 1993. Der Hallesche Graureiher 93-1. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Halle.
- Müller, Hans-Peter 1992: Sozialstruktur und Lebensstile. Der neuere theoretische Diskurs über soziale Ungleichheit. Frankfurt.
- Müller, Klaus/Hauser, Richard/Frick, Joachim/Wagner, Gert 1995: Zur Entwicklung der Einkommensverteilung und der Einkommenszufriedenheit in den neuen und alten Bundesländern in den Jahren 1990 bis 1993. In: Wolfgang Glatzer und Heinz-Herbert Noll (Hg.), Getrennt vereint. Lebensverhältnisse in Deutschland seit der Wiedervereinigung. Soziale Indikatoren XVIII. Frankfurt/New York, S.73-102.
- Müller, Walter/Haun, Dietmar 1994: Bildungsungleichheit im sozialen Wandel. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 46, S.1-42.
- Parsons, Talcott 1951: The Social System. New York.
- Parsons, Talcott 1964: Evolutionary Universals in Society. American Sociological Review 29, S.339-357. Zitiert nach: Wolfgang Zapf (Hrsg.) 1969, Theorien des sozialen Wandels. Köln/Berlin, S.55-74.
- Peisert, Hansgert 1967: Soziale Lage und Bildungschancen in Deutschland. München.
- Picht, Georg 1964: Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation. Freiburg.
- Raumordnungsbericht 1993, Bundesregierung für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Bonn.
- Rawls, John 1979: Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt.
- Sahner, Heinz 1982: Theorie und Forschung. Zur paradigmatischen Struktur der westdeutschen Soziologie und zu ihrem Einfluß auf die Forschung. Opladen.
- Sahner, Heinz 1987: Die Bedeutung der Volkszählung für die empirische Sozialforschung - dargestellt an der Volkszählungsdebatte 1987. Arbeitsbericht Nr. 28 des Fachbereichs Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Hochschule Lüneburg. Lüneburg.
- Sahner, Heinz 1994: Leben in Halle 1993. Ergebnisse der Bürgerumfrage im Vergleich. Der Hallesche Graureiher 94-1. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Halle.
- Sahner, Heinz 1995: Aufhebung der Bipolarität - Veränderungen im Osten, Rückwirkungen im Westen. Einige einleitende Bemerkungen zum Stand der Transformation. In: Everhard Holtmann und Heinz Sahner (Hrsg.), Aufhebung der Bipolarität. Veränderungen im Osten, Rückwirkungen im Westen. Opladen, S.10-20.

Schäfers, Bernhard 1995: Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland. Ein Studienbuch zur Sozialstruktur und Sozialgeschichte. Stuttgart.

Schelsky, Helmut 1965: Auf der Suche nach der Wirklichkeit. Düsseldorf.

Scheuch, Erwin K. unter Mitarbeit von H. J. Daheim 1961: Sozialprestige und soziale Schichtung. In: D. V. Glass und René König (Hrsg.), Soziale Schichtung und soziale Mobilität. Sonderheft 5 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen, S.65-103.

Skiba, Rainer 1969: Die langfristige Entwicklung der Reallöhne. WWI-Mitteilungen 7/1969, S.192-199.

Skiba, Rainer 1970: Arbeitseinkommen in der Vor- und Nachkriegszeit. WWI-Mitteilungen 1/1970, S.10-16.

Sommer, Bettina 1993: Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle 1990 und 1991. Wirtschaft und Statistik 9/1993, S.644-650.

Sozialreport 1992; 1993: Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern. Berlin.

Sozialreport 1994: Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern. Herausgegeben von Ingrid Kürz-Scherf und Gunnar Winkler. Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. (SFZ). Berlin.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) 1960: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1960. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) 1973: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1973. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) 1982: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1982. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) 1991: Statistisches Jahrbuch für das vereinte Deutschland 1991. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) 1992: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1992. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) 1993: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1993. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) 1994: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1994. Wiesbaden.

Statistisches Reichsamt (Hrsg.) 1880: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1880. Berlin.

Statistisches Reichsamt (Hrsg.) 1934: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1934. Berlin.

- Trommsdorff, Gisela 1995: Identitätsprozesse im kulturellen Kontext und im sozialen Wandel. In: Heinz Sahner (Hrsg.): Transformationsprozesse in Deutschland. München.
- Voit, Hermann 1993: Haushalte und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus April 1991. Wirtschaft und Statistik 3/1993, S.191-199.
- Wagner, Gert/Schupp, Jürgen/Rendtel, Ulrich 1994: Das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) - Methoden der Datenproduktion und -aufbereitung im Längsschnitt, In: Hauser, Richard/Ott, Norburga/Wagner, Gert (Hrsg.), Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik, Band 2, Erhebungsverfahren, Analysemethoden und Mikrosimulation, Berlin, S.70-112.
- Zahlen 1995: Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.). Köln.
- Zapf, Wolfgang 1989: Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik Deutschland. In: Werner Weidenfeld und Hartmut Zimmermann (Hrsg.), Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989. Bonn, S.99-124.
- Zapf, Wolfgang 1992: Entwicklung und Sozialstruktur moderner Gesellschaften. In: Hermann Korte und Bernhard Schäfers (Hrsg.), Einführung in Hauptbegriffe der Soziologie. Opladen, S.181-193.
- Zapf, Wolfgang 1994: Sozialer Wandel. In: Wolfgang Zapf, Modernisierung, Wohlfahrtsentwicklung und Transformation. Soziologische Aufsätze 1987-1994. Berlin, S.11-22.